

6. Die Platzbewegung 2011

In diesem Kapitel untersuche ich die Platzbewegung 2011. Ebenso wie die Dezemberbewegung 2008 war diese in hohem Maße selbstorganisiert und hatte einen großen Einfluss auf die Entstehung dauerhafter Formen demokratischer Selbstorganisation in Griechenland. Dabei war die gesellschaftliche Beteiligung in den Platzprotesten weitaus größer als bei den Dezemberprotesten. Zudem zeigte die Platzbewegung ihre grundsätzliche Kritik an der politischen Repräsentation auch durch Versuche, gesellschaftliche Gegenkonzepte in der Praxis umzusetzen.

In Abschnitt 6.1 beschreibe ich weitere Krisenmaßnahmen, die ab Sommer 2011 implementiert wurden. In Abschnitt 6.2 untersuche ich, wie es in Griechenland Ende Mai zu landesweiten Massenmobilisierungen und Besetzungen öffentlicher Plätze gekommen ist. Ich zeige, wie die Krisenmaßnahmen und ihre Umsetzung dazu führten, dass viele von den Krisenmaßnahmen betroffenen Menschen die politische Ordnung zunehmend hinterfragten. Zudem erläutere ich, wie sich über diese Kritik bei den Platzprotesten eine kollektive Identität herausgebildet hat. Diese entstand nicht über eine übereinstimmende Ideologie, sondern über gemeinsame Erfahrungen der Prekarität. In Abschnitt 6.3 skizziere ich die diverse Zusammensetzung der griechischen Platzproteste. In Abschnitt 6.4 beschreibe ich, wie die Protesteteilnehmenden durch den Aufbau einer selbstorganisierten Infrastruktur und die Gründung von Arbeitsgruppen und einer Vollversammlung ein direktdemokratisches Gegenmodell im Kleinen erprobten. Darüber hinaus erläutere ich, welche Ideen und Lösungsvorschläge in Hinblick auf ökonomische, gesellschaftliche und politische Probleme aus den Debatten der Platzbewegung hervorgingen. In Abschnitt 6.5 stelle ich dar, wie die Platzbewegung versuchte, ihrem Ziel der gesellschaftlichen Transformation näher zu kommen, indem sie ihre selbstorganisierten Praktiken auf die Nachbarschaften und Arbeitsplätze ausgeweitet und sich an der Organisation von Arbeitsstreiks und Besetzungen beteiligt hat. In Abschnitt 6.6 stelle ich dar, wie die Platzproteste durch staatliche Repressionsmaßnahmen eingedämmt und schließlich beendet wurden. In Abschnitt 6.7 analysiere ich das Nachleben der Platzbewegung. Durch ihre Debatten und Praktiken trug die Bewegung zur Entstehung und Verstärkung verschiedener Formen demokratischer Selbstorganisation bei und hatte darüber hinaus Auswirkungen auf die institutionelle Politik.

6.1 Verschärfte Krisenmaßnahmen

Anfang Mai 2011 traf die Troika zur inzwischen vierten Haushaltsüberprüfung in Athen ein. Entgegen ihrer Prognosen musste die Troika bei ihrem Besuch feststellen, dass die Krisenmaßnahmen zu keinem positiven Wirtschaftswachstum geführt hatten. Die Troika gestand sich den Rückgang der Wirtschaftstätigkeit zwar ein, erwartete für 2012 aber dennoch ein Wirtschaftswachstum, das nur durch zusätzliche Maßnahmen zu erreichen sei (European Commission 2011b: 1). Bislang hätte Griechenland einige Maßnahmen nur schleppend umgesetzt, weshalb diese auch nicht ihre positive Wirkung entfalten konnten. Insbesondere die Umsetzung der 2010 beschlossenen Arbeitsmarktreformen empfand die Troika als »enttäuschend« (European Commission 2011b: 39).¹ So hatten bislang »nur wenige kleine Unternehmen mit weniger als 100 Angestellten« die verlangten Tarifverträge auf Betriebsebene vereinbart (European Commission 2011b: 39). Eine sogenannte mittelfristige Haushaltsstrategie sollte das Haushaltsdefizit Griechenlands bis 2015 deutlich reduzieren (European Commission 2011b: 2). Hierfür sollte das im Mai 2010 unterzeichnete Memorandum durch weitere Arbeits- und Sozialreformen sowie durch umfassende Privatisierungen ergänzt werden (European Commission 2011b: 25–26). Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik waren u.a. Kürzungen von Lohnkosten im öffentlichen Sektor durch die Umsetzung der 1:10-Regel vorgesehen –, d.h. eine Rekrutierung für zehn Entlassungen (2010 war zunächst die 1:5-Regel vereinbart gewesen). Des Weiteren sollte die Wochenarbeitszeit für Beschäftigte im öffentlichen Dienst von 37 auf 40 Stunden erhöht und die Überstundenvergütung reduziert werden (European Commission 2011b: 25). Darüber hinaus sollte »überschüssiges Personal« in die Arbeitsreserve entlassen werden (European Commission 2011b: 25).² Für junge Menschen sollten zudem unter Mindestlohnbedingungen neue Maßnahmen zum »Arbeitsmanagement« und zu befristeten Arbeitsverträgen und Zeitarbeit umgesetzt werden (European Commission 2011b: 39).

Neben Arbeitsmarktreformen sah die Troika für Griechenland weitere Sozialkürzungen vor. Insbesondere für Nichtversicherte sollten Leistungen gekürzt werden (European Commission 2011b: 26). Vorgesehen war zudem ein Einfrieren der Grundrenten und die Kürzung von Abfindungen für Pensionierte (European Commission 2011b: 26). Auch für das Gesundheitssystem waren Umstrukturierungen geplant. Ein neues Gesetz sah vor, die vier größten Krankenkassen zu einer nationalen Organisation zu fusionieren. Diese sollte ebenso »einheitlichere Beitrags- und Leistungspakete« ermöglichen, wie »Einsparungen von Verwaltungs- und Betriebskosten« (European Commission 2011b: 34). Ferner sollten durch das neue Gesetz »unnötige Ausgaben«

- 1 In ihrem vierten Bericht zum »ökonomischen Anpassungsprogramm für Griechenland« schreibt die EK, dass die Umsetzung der Maßnahmen an »nicht hilfreichen Eigenschaften des Gesetzes« gescheitert sei (European Commission 2011b: 39). Z.B. hätten Betriebsgewerkschaften die neuen Vereinbarungen absegnen müssen. In Griechenland gäbe es allerdings nur wenige Betriebsgewerkschaften. Die griechische Regierung sollte daher das »Verfahren zur Gründung von Gewerkschaften auf Unternehmensebene« vereinfachen (European Commission 2011b: 40).
- 2 Die Arbeitsreserve sah vor, dass betroffene Beamt*innen für zwölf Monate 60 Prozent ihres Gehalts erhalten und anschließend entlassen werden. Insgesamt sollte so bis 2015 die Zahl der öffentlich Angestellten um 20 Prozent verringert werden (European Commission 2011b: 25).

reduziert und Betrug vorgebeugt werden (European Commission 2011b: 34). Auch das medizinische Personal sollte reduziert werden (European Commission 2011b: 35). Im Herbst 2011 sollte die neue Nationale Organisation zur Gesundheitsversorgung (*Ethnikos Organismos Parochis Yperision Ygeias*, kurz: EOPYY) ihren Betrieb aufnehmen (European Commission 2011b: 35). Neben Arbeits- und Sozialreformen waren im Rahmen der neuen Maßnahmen auch Privatisierungen vorgesehen. Um »die Schuldenquote« zu senken und »die wirtschaftliche Effizienz zu steigern«, sollten bis 2015 Privatisierungen in Höhe von 50 Milliarden Euro vorgenommen werden (European Commission 2011b: 30). Der Privatisierungsplan sah u.a. Privatisierungen in folgenden Bereichen vor: Hellenische Telekom (*Organismos Tilepikinionion Ellados*, kurz: OTE) (10 Prozent), Wasserwerke Thessaloniki (*Etairia Ydrevisis Apochetevis Thessaloniki*, kurz: EYATH) (mindestens 40 Prozent), Athener Flughafen (100 Prozent), Griechische Glückspiellanstalt (*Organismos Prognostikon Agonon Podosfairou*, kurz: OPAP) (100 Prozent), Hafen in Thessaloniki (23 Prozent), Hafen in Athen (23 Prozent), Gasfirmen (bis 55 Prozent) und hellenische Eisenbahn (*Organimos Sidirodromon Ellados*, kurz: OSE) (100 Prozent) (European Commission 2011b: 32).

6.2 »Wir sind aufgewacht«

Am 23. Mai 2011 kündigte die griechische Regierung die Krisenmaßnahmen an, die Ende Juni 2011 verabschiedet werden sollten. In Reaktion auf die Ankündigung fanden Generalstreiks und Demonstrationen statt. Zu diesem Zeitpunkt empfanden einige Akteur*innen der sozialen Bewegungen die regelmäßig stattfindenden symbolischen Demonstrationen und Generalstreiks immer mehr als »eine Sackgasse« (Sitrin/Azzellini 2014: 89; s.a. Mullis 2017: 152). Bereits im Februar 2011 hatten sich Akteur*innen der sozialen Bewegungen bei Generalstreiks in Athen für die Besetzung des Syntagma-Platzes ausgesprochen (siehe Kapitel 5). Im Mai 2011 fanden nun erneut Aufrufe zu Platzbesetzungen statt (TPTG 2011; Mullis 2017: 152). Und diesmal sollten sie gelingen. Den Zündstoff³ für die Platzproteste lieferte dabei die spanische Platzbewegung. In Spanien organisierte die selbstorganisierte Initiative »Echte Demokratie jetzt!« (*»¡Democracia Real Ya!«*) am 15. Mai 2011 eine Demonstration, an der sich hunderttausende Menschen beteiligten. Die Großdemonstration beförderte weitere Proteste im Land und mündete in der Besetzung von zentralen Plätzen, wie der Puerta del Sol in Madrid, wo die Protestierenden ein selbstorganisiertes Protestcamp aufbauten und Versammlungen abhielten. Ähnlich wie die Platzbewegungen 2011 in Tunesien und Ägypten kritisierten die Platzbesetzer*innen in Spanien die bestehende Ordnung (Castells 2012: 21). Ihre Kritik an der repräsentativen Demokratie drückten die Platzbesetzer*innen in Spanien vor allem dadurch aus, dass sie »echte Demokratie« forderten (Castells 2012: 115). Ein zentraler Slo-

3 Anzunehmen ist, dass die weltweiten Platzbewegungen, die alle in kurzen Zeitabständen nacheinander stattgefunden haben, sich gegenseitig nachahmten, inspirierten und motivierten. Dies kann unter anderem daran festgemacht werden, dass alle Bewegungen ähnliche Merkmale aufweisen, wie die selbstorganisierten Zeltstädte, die Vollversammlungen, Debatten über Demokratie sowie die Online-Aufrufe zu Protesten (Castells 2012; Castaneda 2012; Arenas 2014).

gan der spanischen Bewegung lautete dementsprechend: »Sie repräsentieren uns nicht!« (»¡No nos representan!«) (Junquera 2021).

Über die sozialen Medien verbreitete sich Ende Mai 2011 schließlich das Gerücht, dass die spanischen »Empörten« (»Indignados«) (Junquera 2021) an der Puerta del Sol ein Banner mit folgendem sarkastischen Slogan aufgehängt hatten: »Sssshhh...seid leise. Wir wecken die Griech*innen auf« (TPTG 2011; Sotirakopoulos/Sotiropoulos 2013: 446). Offensichtlich sahen sich viele Menschen in Griechenland dazu gedrängt auf den Slogan zu antworten, denn wenig später tauchten in den sozialen Medien Aufrufe zu Demonstrationen in Solidarität mit der spanischen Bewegung sowie zu Besetzungen zentraler Plätze in Griechenland auf (Stavrides 2012: 586; Rüdig/Karyotis 2013: 327; Sotirakopoulos/Sotiropoulos 2013: 446; Papapavlou 2015: 88; Varvarousis/Kallis 2017: 236). Entgegen den Erwartungen der griechischen Massenmedien, die mit einigen tausend Teilnehmenden gerechnet hatten, nahmen am 25. Mai 2011 landesweit 100.000 Menschen in nahezu 40 griechischen Städten an selbstorganisierten Protesten teil. Allein in Athen beteiligten sich circa 50.000 Menschen an einer Demonstration (Sotirakopoulos 2011; Kallianos 2012: 31; Varvarousis/Kallis 2017: 136). Tausende Protestierende blieben anschließend auf dem zentralen Syntagma-Platz vor dem Parlament in Athen stehen und riefen Slogans wie »Diebe«, »Setzt das Parlament in Brand, es ist ein Bordell« und »Verräter. Das Land wird niemals sterben. Verräter, Verräter!« (Gourgouris 2011; Simiti 2014: 9). Mehrere hundert Protestierende versammelten sich unterdessen am unteren Teil des Syntagma-Platzes und fällten gemeinsam die Entscheidung, den Platz dauerhaft zu besetzen (Gourgouris 2011; Vogiatzoglou 2017: 108). In Reaktion auf das Transparent an der Puerta del Sol in Spanien hängten die Protestteilnehmenden in Athen ein Banner mit einer spanischen Nationalfahne auf. Darauf hieß es: »Wir sind aufgewacht. Wie spät ist es? Es ist Zeit für sie [die Regierungen Griechenlands und Spaniens] zu gehen!« (Sergi/Vogiatzoglou 2013: 232). Zwei Tage später, am 27. Mai 2011, verabschiedete eine von Protestteilnehmenden gegründete Vollversammlung am Syntagma-Platz ihre erste Resolution. Darin kritisierten die Platzbesetzer*innen die Regierung und andere politische Institutionen und forderten »direkte Demokratie« (Seferiades 2011):

»Für eine lange Zeit wurden uns betreffende Entscheidungen ohne uns getroffen. Wir sind arbeitende Menschen, arbeitslose Rentner*innen, Jugendliche, die nach Syntagma gekommen sind, um für unsere Leben und unsere Zukunft zu kämpfen. Wir sind hier, weil wir wissen, dass nur wir Lösungen für unsere Probleme finden können [...]. Wir verlassen die Plätze nicht, bevor nicht diejenigen, die uns in diese Lage gebracht haben, verschwinden. Regierung, Troika, Banken, Memoranda und alle, die uns ausbeuten. Wir sagen ihnen, dass die Schulden nicht unsere sind. DIREKTE DEMOKRATIE JETZT! GLEICHHEIT–GERECHTIGKEIT–WÜRDE« (Douzinas 2013: 156–157, *H.i.O.*).

In der Resolution der griechischen Platzbewegung zeigte sich erstmals eine Verschiebung in der politischen Agenda der Krisenproteste, von ökonomischen und sozialen Forderungen, die noch 2010 die Agenda dominiert hatten, hin zu einer grundsätzlicheren Kritik an der repräsentativen Demokratie (Pantazidou 2012: 767–768; Douzinas 2013: 155; Aslanidis/Marantzidis 2016: 138). Die Platzbesetzer*innen hinterfragten darin die Art und Weise, wie politische Entscheidungen über ihre Leben getroffen wurden, nämlich

ohne ihre Beteiligung (Gourgouris 2011; Prentoulis/Thomassen 2013, 2014). Ähnlich wie die Dezemberbewegung 2008 ist die Platzbewegung 2011 Hochschulprofessor *St zufolge somit als Ausdruck einer Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie zu interpretieren (Interview, *St, 01.04.2015). Dabei gab es bei den Platzbesetzungen »eine breitere Beteiligung« von Menschen, die ihre Bedürfnisse als unvereinbar mit der repräsentativen Politik empfunden haben (Interview, *St, 01.04.2015). Ihr Anteil hatte sich infolge der Krisenpolitik vergrößert, weshalb die »Form der Wiederaneignung von Gerechtigkeit, der Wiederaneignung von Demokratie« bei der Platzbewegung »einen breiteren Ausdruck« fand als bei der Dezemberbewegung (Interview, *St, 2015). Ähnlich wie die Identität anderer Platzbewegungen der 2010er Jahre, bildete sich die kollektive Identität der Platzbewegung in Griechenland dabei weniger über ideologische Übereinstimmungen, als über kollektive Erfahrungen von Ungerechtigkeit und politischer Exklusion (Gourgouris 2011; Aslanidis/Marantzidis 2016: 138), was sich auch in der Selbstbezeichnung als »Empörte« (*»Aganaktismenoi«*) zeigte (Douzinas 2013: 160; Tsomou 2014b: 115). Die Selbstidentifizierung als Empörte ermöglichte den Protestierenden ideologische Schranken zu überwinden, die in den Krisenprotesten 2010 noch zu beobachten waren (TPTG 2011; Mute 2011; Douzinas 2013: 170). Durch das gemeinsame Empörtsein bildete sich bei den Platzprotesten ein »prekäres und fluides ›Wir« heraus (Varvarousis/Kallis 2017: 132). Dieses »Wir«, von dem die Platzbesetzer*innen in ihrer Resolution sprachen, umfasste alle Menschen, die sich gegen die Krisenpolitik positionierten, und entstand in antagonistischer Abgrenzung zum »Sie«, den politischen Repräsentant*innen der Krisenpolitik (Douzinas 2013: 170; Aslanidis/Marantzidis 2016: 138). Ihnen stellten sich die Platzbesetzer*innen als eine Art »Gegenmacht« entgegen (Douzinas 2013: 157). Protestteilnehmer *Chr zufolge hätte sich bei den Platzbesetzungen eine Teilung des gesamten Landes in Gegner*innen und Befürworter*innen der Krisenpolitik gezeigt:

»Also, was es in Realität in den Plätzen gab, war diese große Welle von Menschen, ganz ähnlich wie die Menschen am Tahrir-Platz. Und was sie sagten, war: ›Ihr repräsentiert uns nicht, ihr sprecht nicht in unserem Interesse, es ist völlig undemokratisch, was ihr tut, weil ihr ohne uns entscheidet‹. Und wir zogen die Linie zwischen ›denen‹ und ›uns‹. Und dieses ›uns‹ war inklusiv. Es inkludierte viele verschiedene Menschen, nicht entlang ihrer politischen Ideen, sondern ihrer Position gegen das Memorandum und die Troika-Politik. Und es teilte das gesamte Land in diejenigen, die Pro-Austerität waren und die breite Mehrheit der Griech*innen, die dagegen waren, weil sie darunter [unter der Krisenpolitik, *Anm. d. Verf.*] zu leiden hatten« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Dabei richtete sich die Kritik der Platzbesetzer*innen nicht nur gegen die parlamentarische Politik und die Troika, sondern auch gegen die Gewerkschaften und politischen Parteien. Deren Beteiligung in den Protesten lehnte die Platzbewegung von Anfang an ab (Gourgouris 2011; TPTG 2011; Sotirakopoulos 2011; Pantazidou 2012: 18; Petropoulos 2014: 343; Vogiatzoglou 2017: 108). Zumindest wurden anwesende Parteimitglieder, Gewerkschaften und NGO's während der Proteste dazu aufgefordert, ihre Parteien- und Gewerkschaftszugehörigkeit nicht preiszugeben und als Einzelpersonen teilzunehmen (Vogiatzoglou 2017: 108; Varvarousis/Kallis 2017: 139). Entsprechend war ein Banner am besetzten Syntagma-Platz mit den Worten beschriftet: »Parteimitglied, wir wollen dich

hier, aber nicht deine Partei!« (Douzinas 2013: 159). Wie sehr sich das Misstrauen in politische Parteien und Gewerkschaften innerhalb der Gesellschaft ausgeweitet hatte, zeigte sich mitunter an der großen Beteiligung von Menschen an den Platzbesetzungen, die üblicherweise nicht an Protesten teilnehmen und die sich nicht »mit vorgegebenen politischen oder ideologischen Formationen« identifizieren (Varvarousis/Kallis 2017: 139; s.a. Douzinas 2013: 12; Kritidis 2014: 86). Sie nahmen an den Platzbesetzungen insbesondere deshalb teil, weil diese selbstorganisiert waren (TPTG 2011; Kritidis 2014: 87), wie unter anderem die Aussage eines Protestteilnehmenden zeigt:

»Weil es kein Aufruf von einer politischen Partei war, dachte ich, dass da was passiert, von den Menschen. Das ist der Grund, warum ich teilnahm. Für gewöhnlich nahm ich an Demonstrationen und so weiter teil, ok, das habe ich getan, aber es war immer unter jemandes Flagge. Diesmal war es nicht so« (Roarmag 2012: 00:07:41-00:08:14).

Die Beteiligung an den Platzbesetzungen war enorm und übertraf selbst die Erwartungen vieler Langzeitaktivist*innen in Griechenland. Zwischen Mai und Juni 2011 nahm über ein Drittel der Bevölkerung in Griechenland an den landesweiten Platzbesetzungen teil (Douzinas 2013: 150; Sotirakopoulos/Sotiropoulos 2013: 448; Diani/Kousis 2014: 395). Dabei gab es auf den besetzten Plätzen ein ständiges Kommen und Gehen. Eine im Juni 2011 durchgeführte Studie des griechischen Umfrageinstituts Kapa Research befragte 643 Teilnehmende an der Besetzung des Syntagma-Platzes in Athen und kam zu dem Ergebnis, dass 15,6 Prozent der Befragten »jeden Tag« an den Protesten teilnahmen, 27,8 Prozent »fast jeden Tag« und 34,2 Prozent »zweimal pro Woche« (Chiotis 2011). Neben der enorm hohen Protestbeteiligung herrschte zudem eine große gesellschaftliche Zustimmung zu den Platzbesetzungen. Umfragen zufolge begrüßten über 80 Prozent der griechischen Gesamtbevölkerung die Platzbesetzungen (Douzinas 2013: 150; Aslanidis/Marantzidis 2016: 138). Bei einer landesweiten Bürger*innenbefragung von Kapa Research gaben zudem 82,3 Prozent der Befragten an, dass sie »die gesamte Politik des Landes« hinterfragten (Chiotis 2011).

6.3 »Bewegung der Multitude«⁴ – Zusammensetzung und Identität der Platzproteste

Von Anfang an setzte sich die Platzbewegung 2011 in Griechenland sehr divers zusammen, weshalb es den Massenmedien schwerfiel, die Bewegung zu interpretieren und einzuordnen (TPTG 2011; Mullis 2017: 160). Menschen mit völlig unterschiedlichen sozialstrukturellen und ideologischen Hintergründen partizipierten an den Protesten (Kouki/Vradis 2011; Douzinas 2013: 147; Vogiatzoglou 2017: 107). Neben einem hohen Anteil politischer Aktivist*innen aus dem Spektrum der antiautoritären Bewegung und der poli-

4 Die Bezeichnung »Bewegung der Multitude« stammt von Michael Hardt und Antonio Negri (2000: 63). Mit dem Konzept der Multitude beschreiben die beiden Autoren in Kritik am Klassenbegriff eine neue Form der politischen Subjektivität. Die Multitude besteht aus einer Vielfalt von Menschen bzw. Singularitäten, wobei die Vielen keiner eindeutigen Kategorie zugeordnet werden können (Hardt/Negri 2000).

tischen Linken beteiligten sich Rechtskonservative ebenso wie Menschen, die sich selbst als ideologielos definierten (TPTG 2011; Mute 2011). Herausragend war zudem die hohe Zahl von Protestneueinsteiger*innen (Gourgouris 2011). Die Umfrage von Kapa Research liefert einige Zahlen zum sozialstrukturellen und ideologischen Profil der Protestteilnehmenden. So waren circa 50 Prozent der 643 Befragten auf dem besetzten Syntagma-Platz zwischen 25 und 49 Jahre alt. 23,8 Prozent der Befragten waren Privatangestellte, 13,7 Prozent öffentlich Beschäftigte, 13,2 Prozent Selbstständige, 14,6 Prozent Pensionierte, 12,9 Studierende und 13,7 Prozent Erwerbslose. 22,7 Prozent der Befragten gaben an, dass sie für gewöhnlich die PASOK wählten, 14,2 Prozent gaben an, dass sie für gewöhnlich die ND wählten und 21,2 Prozent, dass sie »keiner Partei angehören« (Chiotis 2011). 16,3 Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich selbst politisch »links« einordnen, während 25 Prozent der Interviewten angaben, dass sie sich der politischen Mitte zugehörig fühlen (Chiotis 2011). Alles in allem repräsentierte die Platzbewegung die Gesamtheit der griechischen Bevölkerung, wie der Historiker und Protestteilnehmer Costas Douzinas (2013: 158–159) bestätigt:

»Jeder Teil der Bevölkerung war präsent. Jung und alt, griechisch und ausländisch, Schüler*innen und Student*innen, die Arbeitslosen, Erwerbstätige und Unterbezahlte, Beamte*innen, privat Angestellte und Selbstständige, die Linke, die Rechte und die Apolitischen, Militäroffizier*innen, Wehrpflichtige, Priester*innen und Polizist*innen«.

Bei der Besetzung des Syntagma-Platzes in Athen drückte sich diese Diversität zusätzlich durch eine räumliche Spaltung der Bewegung aus, die trotz durchlässiger Mobilität über den gesamten Protestzyklus hinweg fortbestand (TPTG 2011; Kallianos 2012: 32; Kaika/Karaliotas 2014). Am oberen Teil des Syntagma-Platzes in Athen, direkt vor dem Parlament, versammelten sich vorrangig Menschen aus dem rechtskonservativen und nationalistischen Spektrum, darunter viele desillusionierte ND-Wähler*innen, aber auch ehemalige Wähler*innen der sozialdemokratischen PASOK (TPTG 2011; Sotirakopoulos/Sotiropoulos 2014: 447; Simiti 2014: 9). Ihr Protest bestand vor allem darin, Lärm zu machen – Slogans rufen, klatschen, trommeln und Politiker*innen ausbuhen (Tsomou 2016: 320).⁵

Griechische Nationalfahnen und vulgäre Gesten gehörten ebenfalls zum Aktionsrepertoire des oberen Platzes. Die Massenmedien und auch einige, die Krisenpolitik befürwortende Sozialwissenschaftler*innen⁶ betitelten die Protestierenden am oberen Syntagma-Platz als irrationalen »Mob« und als »apolitisch« (Tsomou 2014b: 124; s. a. Veremis

5 Videoaufnahmen des lauten Protests am oberen Syntagma-Platz finden sich auf Gr.Vassilis (2011), Thanostei (2011).

6 Als eine irrational und emotional handelnde Masse bezeichneten elf griechische Professor*innen in einer öffentlichen Erklärung die Protestteilnehmenden am oberen Syntagma-Platz. In ihrer Erklärung riefen die Professor*innen dazu auf, rational zu handeln. Die griechische Bevölkerung sollte die Verantwortung für die Krise übernehmen. Unter anderem schrieben die Professor*innen: »Wir als Volk, haben wir denn keine Verantwortung für die aktuelle dramatische Situation? Haben wir nicht mit Massenmobilisierungen die Rationalisierung unserer Versicherungssysteme verzögert?« (Veremis et al. 2011).

et al. 2011; Mason 2011). Dabei artikulierte der obere Platz durch seine Slogans und Gesten durchaus politische Forderungen. Die Protestierenden forderten ein Ende der Krisenpolitik und verlangten, dass die verantwortlichen Institutionen zur Rechenschaft gezogen werden. Darüber hinaus forderten sie die Wiederherstellung der nationalen Souveränität, die unter der Umsetzung der Krisenpolitik massiv gelitten hatte (Aslanidis/Marantzidis 2016: 131). Für den Sozialwissenschaftler und Platzbesitzer *Chr waren die Protestierenden daher sehr wohl politische Subjekte, gerade weil sie sich über die Krisenpolitik empörten.⁷

»Die Leute, die sich am oberen Platz versammelten, waren viel mehr plebejisch. Ihr Radikalismus – nicht im Sinne von Ideen, sondern im Sinne eines radikalen Bruchs; wie determiniert sie waren in der Opposition zu denen an der Macht – war viel heftiger als bei den Menschen am unteren Platz. Und natürlich hatten sie all diese vulgäre politische Kultur und sie brachten die subalternen Subjekte mit sich, die Symbole der dominanten Kultur, die sie versuchten, sich wiederanzueignen, z.B. Flaggen oder sie forderten eine andere Regierung. Aber die Verbindung, die sie herstellten und der Prozess der Veränderung war viel größer. Wenn du nach einer Multitude suchst, war es der obere Platz, nicht der untere Platz. Der untere Platz war [...] politischer im herkömmlichen Sinne, weil er politische Debatten artikulierte, Forderungen und Slogans artikulierte. Der obere Platz tat es auch, aber in einer anderen Form von Slogans oder sie schrien halt. Und sie wirkten auf viele apolitisch. Aber in Wirklichkeit waren sie viel politischer, weil sie konkreter waren. Sie legten den Finger in die Wunde« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Anders als am oberen Teil des Syntagma-Platzes versammelten sich am unteren Teil Protestierende, die sich größtenteils dem »akademischen Prekariat« (Ohm 2016) zuordnen lassen; »die gut ausgebildeten, jungen, arbeitslosen Menschen, viel politisierter als der obere Platz«, die »wussten, wie die Dinge zu organisieren« waren (Interview, *Chr, 06.03.2013). Kurz nach der Platzbesetzung errichteten sie am unteren Syntagma-Platz eine kleine selbstorganisierte Zeltstadt (Stavrides 2012; Tsomou 2014b: 114; Varvarousis/Kallis 2017: 137). Sie gründeten eine Vollversammlung, an deren Sitzungen der Großteil des oberen Platzes, zumindest zu Beginn der Proteste, nicht teilnahm (Mute 2011).⁸ Ziel des besetzten unteren Platzes war es, den Protest nicht auf politische Forderungen zu beschränken, sondern praktische Versuche einer »direkten Demokratie« zu unternehmen (Gourgouris 2011; Butler 2011; Seferiades 2011; Pantazidou 2012: 18; Papapavlou 2015: 293; Tsomou 2016: 327). Ebenso wie die spanische Bewegung verwendeten die griechischen Platzbesitzer*innen dabei anfangs den Slogan »echte Demokratie jetzt« (*»pragmatiki dimokratia tora«*), den sie allerdings sehr schnell durch den Slogan »direkte Demokratie« (*»amesi dimokratia«*) ersetzten (TPTG 2011; Mute 2011). Für die griechischen Platzbesitzer*innen betonte der Slogan »direkte Demokratie« noch viel deutlicher die Inkompatibilität ihrer Ziele und Forderungen mit den bestehenden Institutionen der

7 Der Akt der »Empörung« ist im Sinne Spinozas (Spinoza 2002: 710, 314) politisch, weil er eine Kritik gegen die bestehenden Verhältnisse ausdrückt; er ist eine Reaktion auf Ungerechtigkeit.

8 Die geringe Beteiligung des oberen Platzes an den Versammlungen wurde von der Vollversammlung am besetzten Syntagma-Platz thematisiert (Mute 2011).

repräsentativen Demokratie (TPTG 2011; Mute 2011; Pantazidou 2012: 18). Zudem nahm die griechische Platzbewegung durch das Konzept »direkte Demokratie« Bezug zum originalen Demokratiemodell der griechischen Antike, wie der damalige Platzbesetzer *Chr erklärt:

»Die ersten Aufrufe waren für echte Demokratie, *pragmatiki dimokratia*, und das war von der spanischen Bewegung kopiert. Aber es gab einen Teil der Bewegung am Syntagma-Platz, der für direkte Demokratie plädierte [...] direkte Demokratie bedeutet, dass wir alle intermediären Akteur*innen loswerden und partizipativ, horizontal und inklusiv sind – ohne Repräsentant*innen der Macht. [...] Es gab auch viele Menschen, die argumentierten, dass direkte Demokratie die wahre Form von Demokratie ist, weil sie die originale Form von Demokratie ist, die vor 3.000 Jahren in Athen praktiziert wurde« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Auch wenn politische Parteien von den Platzbesetzungen offiziell ausgeschlossen waren, nahmen neben Aktivist*innen aus dem Umfeld der antiautoritären Bewegung und der außerparlamentarischen Linken auch Mitglieder von SYRIZA und ANTARSYA als Einzelpersonen an den Platzbesetzungen teil, wie sich anhand der »Agenda der Vollversammlung« zeigte (TPTG 2011). So wurden in den Debatten der Vollversammlungen neben radikaldemokratischen Forderungen auch gemäßigte, parteipolitische Forderungen formuliert (TPTG 2011; Mute 2011; Vogiatzoglou 2017: 118; Mullis 2017: 161–162). Die KKE und der Großteil der anarchistischen Bewegung⁹ lehnten eine Teilnahme in den Platzbesetzungen dagegen ab.¹⁰ Sie warfen der Platzbewegung organisatorische Defizite, Reformismus und eine mangelhafte Systemkritik vor (TPTG 2011; Gogos 2011; Ladis 2011). Einige Anarchist*innen lehnten zudem die friedlichen Protestformen der Platzbewegung ab (Kanellopoulos et al. 2017: 111). Problematisch war laut Protestteilnehmer Mute¹¹ (2011) für viele Anarchist*innen zudem, dass, zumindest zu Beginn der Proteste, ebenfalls rechtsextreme Gruppen an den Platzbesetzungen teilnahmen. Deren Partizipation wurde insbesondere durch den offenen und inklusiven Charakter der Platzbewegung ermöglicht.

Obwohl die Vollversammlung am Syntagma-Platz von Anfang an beschlossen hatte, »Faschist*innen und Rassist*innen nicht auf dem Platz zu tolerieren«, herrschte auf den besetzten Plätzen nämlich eine gewisse »Toleranz der Unterschiedlichkeit« (Mute 2011). Mehrere Male gelang es rechtsextremen Gruppen während der Besetzung in Athen sogar, Platzbesetzer*innen mit Migrationshintergrund anzugreifen. Dies führte dazu, dass einige Teilnehmende der Vollversammlung dazu aufriefen, aus Sicherheitsgründen die Zelte abzubauen, um zu sehen, wer sich darin befindet. Der Vorschlag wurde von

-
- 9 Die kritische Distanz der anarchistischen Bewegung gegenüber der Platzbewegung 2011 ist dem Sozialwissenschaftler Christos Boukalas zufolge mitunter auf die jüngere Geschichte der anarchistischen Bewegung in Griechenland zurückzuführen. Insbesondere seit Anfang der 2000er Jahre sei »Demokratie« innerhalb der anarchistischen Bewegung ein eher negativ konnotiertes politisches Konzept (Boukalas 2011: 288).
- 10 Die KKE führte während der Platzproteste, wie gewohnt, ihre eigenen separaten Proteste an einem anderen zentralen Platz im Athener Zentrum, dem Omonoia-Platz, durch (Kritidis 2014: 91).
- 11 Mute ist ein Pseudonym. Der richtige Name des Protestteilnehmenden ist nicht bekannt.

der Vollversammlung allerdings abgelehnt (Mute 2011). Stattdessen wurden offensichtlich rechtsextrem gesinnte Menschen ab einem gewissen Zeitpunkt vom Platz vertrieben (Mute 2011; Sergi/Vogiatzoglou 2013: 225).

Für Platzbesetzer *Chr gab es neben der ideologischen Durchlässigkeit der Platzbewegung 2011 noch einen weiteren wesentlichen Grund, warum »die Mehrheit« der anarchistischen Bewegung und der KKE der Platzbewegung kritisch gegenübergestanden hatte (Interview, *Chr, 06.03.2013). So besäßen diese Akteur*innen »ein klares Klassenbewusstsein [...] – die Arbeiter*innenklasse gegen das Kapital usw.«, das sie der Platzbewegung abgesprochen hätten (Interview, *Chr, 06.03.2013). Aus diesem Grund habe nur »eine Minorität von SYRIZA und der Antiautoritären« an den Platzbesetzungen teilgenommen (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Trotz der eben beschriebenen räumlichen und ideologischen Aufteilung des Syntagma-Platzes und trotz unterschiedlicher Ideen, Forderungen und Ziele, teilten die Protestierenden beider Protestblöcke dennoch eine programmatische Gemeinsamkeit, nämlich die Ablehnung der Krisenpolitik. Ein zentrales und ständiges Thema der Vollversammlung am Syntagma-Platz – etwas, worauf die Platzbewegung in den zwei Monaten ihres Bestehens durch ihre Protestaktionen vehement und permanent hinarbeitete – war, die Implementierung neuer Krisenmaßnahmen zu verhindern (Mute 2011). Obwohl das Zusammenkommen verschiedener Menschen für Konflikte sorgte, wurden unterschiedliche Haltungen, Forderungen und Meinungen in den Platzbesetzungen toleriert, solange sie sich gegen die Krisenpolitik richteten (Simiti 2014: 20; Varvarousis/Kallis 2017: 139). Dass die Forderung nach einem Ende der Krisenpolitik auf der Agenda der Platzbewegung 2011 ganz oben stand, zeigen u.a. auch die Ergebnisse der Umfrage von Kapa Research, in der knapp 90 Prozent der befragten Platzbesetzer*innen auf dem Syntagma-Platz angegeben haben, die Krisenpolitik abzulehnen. Darüber hinaus antworteten 83 Prozent der Befragten, dass sie gegen die Implementierung neuer Krisenmaßnahmen sind (Chiotis 2011).

6.4 »Direkte Demokratie« – Praktiken und Debatten der Platzbewegung

Am Abend des 25. Mai 2011 besetzten mehrere hundert Protestteilnehmende den unteren Teil des Syntagma-Platzes. Sie bauten über hundert Zelte auf, in denen die Platzbesetzer*innen in den folgenden zwei Monaten gemeinsam lebten (Mute 2011; Tsomou 2016: 326). Die Platzbesetzer*innen riefen gleich zu Beginn eine Vollversammlung ins Leben, die als zentrales Organ der Organisierung und Entscheidungsfindung fungierte und allen Menschen offenstand. Jeden Abend gegen 21 Uhr versammelten sich die Teilnehmenden der Vollversammlung für circa drei Stunden sitzend oder stehend im Kreis, in dessen Mitte ein Mikrofon aufgestellt wurde (Tsomou 2014b: 130). In der ersten Sitzung am 26. Mai 2011 gab es 83 Redner*innen, darunter Erwerbslose und Erwerbstätige, Schüler*innen, Journalist*innen, Künstler*innen, Student*innen und Hochschullehrer*innen, Wohnungslose und viele andere. Sie sprachen über ihre Unzufriedenheit mit der Krisenpolitik, mit den Regierenden und mit dem politischen System sowie über ihre sich verschlechternden Lebensverhältnisse. Auch wurden in dieser ersten Sitzung Vorschläge zur Organisierung der Platzbewegung entwickelt (Mute 2011).

Abbildung 2: Teilnehmende der Platzbesetzung auf dem Syntagma-Platz in Athen, 13. Juni 2011



Foto: linmtheu/Public Intelligence

In den folgenden Wochen versammelten sich jeden Abend tausende Menschen am unteren Syntagma-Platz (Mute 2011; Tsomou 2016: 326). Das Rederecht losten die Mitglieder der Vollversammlung jeden Abend neu aus. Zwei Stunden vor der Vollversammlung mussten Redewillige schriftlich ihr Redethema einreichen (TPTG 2011). Dazu wurden in der Menge Lose mit Nummern ausgeteilt und später wieder eingesammelt. Die ausgelosten Nummern wurden anschließend von einer Moderation aufgerufen. Die aufgerufenen Nummern traten nacheinander ans Mikrofon, um zu sprechen. Die Redezeit war für alle auf jeweils 90 Sekunden begrenzt (Mute 2011; TPTG 2011; Gourgouris 2011; Tsomou 2016: 326). Auf diese kurze Redezeit, die die Diskussion oft erschwerte, hatte sich die Vollversammlung geeinigt, damit möglichst viele Menschen sprechen konnten (Mute 2011). Es wurden weder Namen noch persönliche Details der Sprechenden preisgegeben, sondern lediglich die Losnummern aufgerufen (Mute 2011). Nur das gesagte Wort zählte. Der Eins-zu-eins-Dialog zwischen zwei Individuen war untersagt, um eine Monopolisierung des Dialogs zu vermeiden (Gourgouris 2011).

In der Vollversammlung diskutierten die Teilnehmenden anschließend gemeinsam und fällten Entscheidungen. Entscheidungen wurden allerdings nicht wie bei der Platzbewegung in Spanien per Konsens gefällt, sondern per Mehrheitsprinzip. Platzbesetzer *Chr zufolge entschied die Vollversammlung am Syntagma-Platz per Mehrheitsprinzip abzustimmen, weil die politische und soziale Situation in Griechenland schnelle Entscheidungen und ein schnelles Handeln erforderte:

»Die einzige Versammlung, die Entscheidungen treffen konnte, war die Vollversammlung. [...] wir entschieden mit großer Mehrheit, es mussten über 70 Prozent Mehrheit sein, um zu entscheiden. Wir konnten das spanische Model nicht anwenden, Konsens zu erreichen. Aus vielen Gründen: Ein Grund ist die politische Kultur in Griechenland. Der andere, noch wichtigere Grund ist, dass die Dinge in Griechenland viel konfliktreicher waren. Du musstest auf den Staat reagieren. Das Wesen des Konflikts war viel intensiver hier, sowohl in der Reichweite als auch, was die Probleme betraf, mit denen du zu kämpfen hattest. Deshalb mussten wir einen Weg finden, die Dinge sofort anzupacken« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Neben der Vollversammlung gründeten die Platzbesetzer*innen Arbeitsgruppen, in denen sie sich einbringen konnten.¹² Diese trafen sich täglich um 18 Uhr (Varvarousis/Kallis 2017: 137). Es gab zwei unterschiedliche Formen von Arbeitsgruppen, die praktischen Arbeitsgruppen und die thematischen Arbeitsgruppen. Die praktischen Arbeitsgruppen waren dafür zuständig, »das Leben auf dem Platz zu organisieren und zu gewährleisten. Zum Beispiel gab es zwei Arbeitsgruppen, die jeden Tag die große Vollversammlung vorbereiteten« (Interview, *Chr, 06.03.2013). Darüber hinaus kümmerten sich die praktischen Arbeitsgruppen um die täglichen Bedarfe der Platzbesetzer*innen, wie Nahrungsversorgung, Reinigungsarbeiten, rechtliche Unterstützung, Erste Hilfe, medizinische Versorgung, Öffentlichkeitsarbeit und technische Unterstützung (Mute 2011; Simiti 2014: 10; Tsomou 2018: 159). Zur Infrastruktur am Syntagma-Platz gehörten neben den Schlafzelten ein Zelt zur medizinischen Versorgung und ein Medienzentrum, das sich um den Internetauftritt der Bewegung kümmerte, sowie eine Radiostation, ein Übersetzungszentrum, eine Station für darstellende Künste und eine Gemeinschaftsküche sowie WCs (Gourgouris 2011; Tsomou 2018: 159). Die Künstlerin und Kulturwissenschaftlerin Margarita Tsomou, die an der Besetzung des Syntagma-Platzes teilgenommen hat, beschreibt den Alltag in der selbstorganisierten Zeltstadt wie folgt:

»Es ist morgens auf dem Syntagma-Platz. Langsam kriechen verschlafene Menschen aus den rund 150 Zelten des Platzes. In der selbstverwalteten Küche wird Kaffee gekocht. Dort treffen auch die Lebensmittel für den Tag ein: Geschäfte aus der Nachbarschaft und Privatpersonen statten die Gruppe ›Ernährung‹ mit dem Nötigen aus, um später das kostenlose Essen vorzubereiten. Einige aus der Arbeitsgruppe ›Sauberkeit‹ sammeln den herumliegenden Müll auf. Ein Aktivist aus der Gruppe ›technische Unterstützung‹ kämpft mit der Etablierung des WLANs des Platzes, das immer wieder einbricht. Manche, die nicht einzuordnen sind, malen an einem Transparent, darauf steht ›Wir nehmen unsere Leben in die eigenen Hände‹ (Tsomou 2016: 326).

Am Aufbau der Infrastruktur am unteren Syntagma-Platz partizipierten auch Mitglieder von Basisgewerkschaften. Mitglieder von *Diakoptes*, eine Basisgewerkschaft technischer

12 Die aktive Partizipation in den Arbeitsgruppen scheint ausdrücklich erwünscht gewesen zu sein. So wurde die Kulturwissenschaftlerin Margarita Tsomou, die an den Platzprotesten teilnahm, gleich am ersten Tag ihrer Ankunft auf die Arbeitsgruppen aufmerksam gemacht und darum gebeten, an einer der Arbeitsgruppen teilzunehmen (Tsomou 2018: 159).

Angestellter, die infolge der Dezemberbewegung 2008 gegründet worden war (siehe Kapitel 4), spielten eine »Schlüsselrolle« im Aufbau der Mediengruppe (Vogiatzoglou 2017: 120–121). Mitglieder der Basisgewerkschaften für Telekommunikation halfen dabei, das Internet am Platz einzurichten (Vogiatzoglou 2017: 121). Anders als die praktischen Arbeitsgruppen befassten sich die thematischen Arbeitsgruppen mit bestimmten Themenschwerpunkten, von denen viele Protestteilnehmende betroffen waren, wie Armut, Arbeitslosigkeit und Privatschulden, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Solidarität und soziale Ungleichheit (Mute 2011; Tsomou 2014b: 131).

Für jedes Thema gab es eine eigene Arbeitsgruppe. Innerhalb der einzelnen Arbeitsgruppen fanden Diskussionen zu den jeweiligen Themen statt. Zudem versuchten die einzelnen Arbeitsgruppen praktische Lösungen für konkrete Herausforderungen zu finden. Z.B. unterbreitete die Arbeitsgruppe für Solidarität den Vorschlag, Unterstützungsangebote in den Bereichen Bildung, Nahrung und Medizin für Wohnungslose und Arbeitslose zu schaffen und Betroffene zur Vollversammlung einzuladen, damit diese über ihre Probleme und Bedürfnisse reden konnten (Mute 2011). Auf den Vorschlag für »sofortige Lösungen« reagierte die Vollversammlung allerdings skeptisch, weil sie es ablehnte, »Forderungen an die Regierung zu stellen« (Mute 2011). Dennoch wurden im Erste-Hilfe-Zelt am Syntagma-Platz Wohnungslose regelmäßig versorgt. Einige von ihnen übernachteten auch in den Zelten und nahmen an den Vollversammlungen teil (Mute 2011). Die Arbeitsgruppe für Ökonomie beschäftigte sich mit der Konzipierung von Alternativen zur Krisenpolitik und zur Bewältigung des Staatsschuldenproblems. Beides war ein zentrales Anliegen aller Platzbesetzer*innen, sowohl auf dem oberen als auch auf dem unteren Syntagma-Platz. Die Platzbewegung lehnte es einstimmig ab, die Verantwortung für die Staatsschulden zu übernehmen, wie es einer ihrer bekanntesten Slogans auf den Punkt brachte: »Wir schulden nicht, wir zahlen nicht, wir verkaufen nicht« (Seferiades 2011). Die Arbeitsgruppe für Ökonomie machte in der Vollversammlung mehrere Vorschläge zur Bewältigung des Schuldenproblems, darunter eine »Umstrukturierung« bzw. »Abschreibung der Schulden«, eine »Verstaatlichung der Banken« und radikalere Entwürfe wie die Übernahme der »demokratischen Kontrolle über die Wirtschaft und Produktion« (Mute 2011). Diese Lösungsvorschläge entstanden mitunter im Austausch mit Wirtschaftsexperten, die zu Diskussionsveranstaltungen der Platzbewegung eingeladen wurden, wie Platzbesetzer *Chr berichtet:

»Die thematischen Arbeitsgruppen diskutierten über gewisse Themen: direkte Demokratie, Finanzen und Ökonomie, Umwelt, Gender, selbst über die Verfassung; was sich verändern könnte. Und dann brachten sie ihre Ergebnisse in die große Vollversammlung mit oder sie organisierten Diskussionstage. Es gab einige Akademiker*innen und Aktivist*innen, die ihre Ideen mitteilen wollten. Sie präsentierten ihre Meinung über Themen und dann gab es anschließend eine offene Diskussion. Das nannten wir Diskussionstage« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Am 7. Juni 2011 fand am Syntagma-Platz ein Diskussionstag zum Thema Wirtschaft statt, an dem auch der spätere griechische Finanzminister und Ökonom Yanis Varoufakis teilnahm. In seiner Rede erklärte Varoufakis u.a. seine Sicht auf die Hintergründe der griechischen Staatsschuldenkrise. Er argumentierte, dass es sich bei der Krise in Griechen-

land um eine multiple Krise handele (RealDemocracyGr 2011a). Im Anschluss an die Vorträge der Ökonomen fand eine Diskussionsrunde mit allen Teilnehmenden statt. Ausgeloste konnten vortreten, Fragen stellen und Antworten kommentieren. Die Debatte dauerte insgesamt vier Stunden (RealDemocracyGr 2011a). In Thessaloniki, wo ebenfalls Platzproteste stattfanden, organisierte die Vollversammlung des besetzten Platzes am Weißen Turm (*Lefkos Pyrgos*) ebenfalls »Diskussionstage« (Mute 2011). So referierten am 24. Juni 2011 der Politiker Manolis Glezos, der Historiker Spyros Marketos und der Ökonom Petros Stavrou zum Thema Schulden (Mute 2011; TPTG 2011). Bei der Veranstaltung schlugen die Referent*innen mehrere Lösungen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise vor, wie z.B. die Streichung eines Teils der Staatsschulden und die Einführung von Gesetzen zum Erlass privater Schulden, ähnlich der »Seisachtheia«¹³ in der griechischen Antike (Mute 2011). Am besetzten Syntagma-Platz in Athen wurden aber nicht nur Vorträge von Expert*innen zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen gehalten. Es fanden auch Diskussionsabende statt, wo sich Protestteilnehmende zu den Themen »alternative Ökogemeinschaften«, »Zeitbanken«, »solidarische Ökonomie« und »Förderung der Landwirtschaft« austauschten (Mute 2011). Insgesamt gab es bei den Diskussionsabenden immer eine sehr hohe Beteiligung von Menschen, die die Gastauftritte von Politikern und Hochschulprofessoren begrüßten und sich mit ihnen in den Austausch begaben. Es gab aber auch Kritik an den Auftritten der Experten. So beschwerten sich einige Platzbesetzer*innen in einer Versammlung am Syntagma-Platz über die »politischen Affiliationen der Redner« (Mute 2011). Auch empfanden es einige als ungerecht, dass die eingeladenen Experten länger reden durften als der Rest der »Commoner«¹⁴ (Mute 2011). Die Arbeitsgruppe zum Thema Gender Equality fand es zudem problematisch, dass alle eingeladenen Experten männlich waren. Die Arbeitsgruppe bemängelte, dass sich auf diese Weise der Sexismus in der griechischen Gesellschaft in der Vollversammlung am Syntagma-Platz widerspiegelte (Mute 2011). Die Arbeitsgruppe betonte in diesem Zusammenhang auch, dass das Demokratiemodell im antiken Athen von der Platzbewegung nicht »problemlos als Ideal« dargestellt werden dürfe, weil es durch den Ausschluss von Frauen und Migrant*innen gekennzeichnet sei (Mute 2011).

Insgesamt kam es in den Sitzungen der Vollversammlung am Syntagma-Platz trotz Meinungsverschiedenheiten über bestimmte Themen häufig zu Übereinstimmungen. Nicht der Diskussionsinhalt, sondern die praktische Umsetzung gemeinsamer Beschlüsse stellte für die Vollversammlung eine Herausforderung dar (TPTG 2011; Mute 2011). Entscheidungen konnten per Mehrheitsbeschluss zwar schneller gefällt werden, doch manchmal erfolgten sie auch »ziemlich überstürzt« und ohne, dass sie jemals wirklich umgesetzt wurden (Mute 2011). Über eine Vielzahl von Themen abzustimmen, gestaltete sich als relativ einfach. Beschlüsse anschließend auszuführen, erwies sich dagegen oft als schwierig und setzte bereits vorhandene praktische Skills voraus, über die Platzbesetzer*Chr zufolge nur wenige Platzbesetzer*innen verfügten:

13 Der Begriff »Seisachtheia« bezeichnet eine vom Athenischen Gesetzgeber Solon (638 v.u.Z.–558 v.u.Z.) im 6. Jahrhundert v.u.Z. eingeführte Gesetzesreihe zum Schuldenerlass.

14 »Commoner« ist ein Begriff aus der Commons-Forschung. Gemeint sind damit die Akteur*innen des »Commoning«, einer »Praxis des Teilens und der Kooperation« (Stavrides 2013: 46).

»Direkte Demokratie kann, sofern es den Entscheidungsprozess betrifft, funktionieren. Aber sie hat am Syntagma-Platz nicht im Bereich der Exekutiven funktioniert. Ob du wolltest oder nicht, du warst auf Gruppen oder Menschen angewiesen, die die Dinge zu machen wussten oder einen besseren Überblick über die Situation hatten und einschätzen konnten, wie Dinge zu tun waren. Und natürlich gab es Leute, die bereit waren, mehr Zeit zu widmen und Dinge zu organisieren, während andere Gruppen am Nachmittag kamen und Dinge mitentschieden. Aber sie haben nicht so viel Anstrengung gezeigt, das, was sie entschieden, zu praktizieren. Du kannst keine direkte Demokratie haben, meiner Meinung nach, wenn du nicht in der Lage bist, dich beidem zu widmen, dem Entscheidungsprozess und der Exekutiven; der Implementierung dieser Prozesse. 80 Prozent der Entscheidungen wurden nie praktiziert, sie wurden nie umgesetzt. Und dies zeigt die Probleme auf der organisatorischen Ebene« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Letztendlich ging es den Platzbesetzer*innen aber nicht darum, alles perfekt zu machen. Vielmehr ging es ihnen um Lernprozesse. Die Vollversammlung des Syntagma-Platzes reflektierte kontinuierlich, wie Entscheidungen möglichst »direkt und fair, aber auch funktional gestaltet« werden können (Mute 2011). Somit ging es in Hinblick auf den Entscheidungsprozess weniger um das *was*, als um das *wie*. Nicht die Debatten über große politische Themen standen im Vordergrund, sondern die Versuche einer »exemplarischen Selbstorganisation und Selbsterziehung« im Sinne »radikaler Demokratie« (Gourgouris 2011). Für viele Protestteilnehmende war es dabei das erste Mal, dass sie vor tausenden Menschen sprachen, sich an politischen Debatten beteiligten und politische Entscheidungen ohne die Beteiligung intermediärer Akteur*innen fällten (Gourgouris 2011; Stavrides 2013: 41; Douzinas 2013: 137). Platzbesetzer *Chr zufolge bildeten sich über eben diese praktische Erfahrung der Selbstorganisation neue politische Subjekte heraus:

»[...] alle fühlten, dass, was passierte, für immer als ein Referenzpunkt bleiben wird, tiefe Spuren in ihrem Leben hinterlassen wird. Du fühltest, dass, was du tatst, Teil der Geschichte ist. Aber in solchen Momenten ist Revolution nichts, was du diskutierst. Revolution wurde auf sehr praktische Weise verübt – ohne darüber zu sprechen. Es war keine Revolution im wahrsten Sinne des Wortes, weil wir uns der Grenzen dessen, was passierte, bewusst waren. Das war eine andere Kritik gegenüber Syntagma: »Du kannst das System nicht durch Versammlungen ändern«. Ja, aber komm schon, soll ich warten, bis ich so weit bin? Oder soll ich jetzt versuchen, etwas zu kreieren? Du musst es versuchen, bis du den Punkt erreichst, an dem du weißt, was zu tun ist. Darum ist es so wichtig, zu partizipieren und nicht andere Leute für einen partizipieren zu lassen [...] Ich glaube, dass das der Weg ist, wie politische Subjekte konstituiert wurden, durch die Praxis und nicht durch die Ideen.« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

In diesem Sinne waren die kollektive Partizipation an den Platzprotesten und die gemeinsamen Erfahrungen in der Selbstorganisation für Platzbesetzer *Chr bereits Aspekte eines revolutionären Moments (Interview, *Chr, 06.03.2013).

6.5 Durch Selbstorganisation Gesellschaft transformieren

Von Anfang an war es ein zentrales Anliegen der Platzbewegung 2011, »Politik und Gesellschaft grundlegend zu verändern« (Mute 2011; s.a. TPTG 2011). Dabei war den Platzbesetzer*innen bewusst, dass es nicht ausreichen würde, ihre Praktiken räumlich auf die besetzten Plätze zu beschränken. Um die Gesellschaft dauerhaft zu transformieren, mussten sie die Praxis der Selbstorganisation auf die Nachbarschaften und auf die Arbeitsplätze ausweiten (Mute 2011; TPTG 2011). Um diesem Ziel näher zu kommen, partizipierten Akteur*innen der Platzbewegung 2011 bereits wenige Tage nach der Besetzung des Syntagma-Platzes auch an der Gründung von Nachbarschaftsversammlungen. Ende Mai 2011 entstanden in Athen die ersten Nachbarschaftsversammlungen, deren Zahl in den Folgemonaten enorm anstieg (Mute 2011). Anfang Juni 2011 beteiligten sich die Platzbesetzer*innen zudem an mehreren Demonstrationen, bei denen sie Demonstrant*innen dazu aufriefen, sich an der Besetzung des Syntagma-Platzes zu beteiligen (Mute 2011). Darüber hinaus unterstützten die Platzbesetzer*innen eine Reihe von Arbeitsstreiks gegen Privatisierungen und Stellenkürzungen, die im Vorfeld eines für den 5. Juni 2011 geplanten Generalstreiks stattfanden, darunter der Streik von Postbank-Angestellten am 30. Mai 2011, der Streik von Hafenarbeiter*innen am 31. Mai 2011 und der Streik von Telekommunikationsangestellten am 2. Juni 2011 (Mute 2011). Die Organisation eines »unbefristeten Generalstreiks«, den die Platzbesetzer*innen von Anfang an gefordert hatten, gelang der Platzbewegung nicht. Er scheiterte insbesondere daran, »die Gewerkschaften dazu zu bringen, die Idee zu unterstützen« (Mute 2011). Allerdings schaffte es die Platzbewegung, durch ihre solidarische Unterstützung von Arbeitsstreiks und ihre Partizipation an der Gründung selbstorganisierter Nachbarschaftsversammlungen, eine große Zahl von Menschen zu Generalstreiks zu mobilisieren (Mute 2011).

Im Rahmen des Generalstreiks am 5. Juni 2011 nahmen über eine halbe Millionen Menschen landesweit an Demonstrationen und Platzbesetzungen teil. Allein am Syntagma-Platz in Athen protestierten 100.000 Menschen vor dem Parlament gegen neue Krisenmaßnahmen und das damit verbundene mittelfristige Memorandum. Über 10.000 von ihnen beteiligten sich an diesem Tag an der Vollversammlung des Syntagma-Platzes (TPTG 2011). Die Banner der Protestierenden trugen Aufschriften wie »Unbefristete Generalstreiks bis zum Sieg«, »Ende der Apathie. Direkte Demokratie«, »Verändere dich selbst« und »Wir schulden nicht«. ¹⁵ Unterdessen setzte die griechische Regierung die parlamentarische Abstimmung über die neuen Krisenmaßnahmen und das mittelfristige Memorandum für den 28. Juni 2011 an. Nach den großen Mobilisierungen am 5. Juni 2011 überlegte die Vollversammlung am Syntagma-Platz, wie eine ähnlich große Beteiligung an dem Generalstreik am 15. Juni 2011 erreicht werden könnte (Mute 2011). Letztendlich beschloss die Vollversammlung zu verschiedenen Streik- und Besetzungsaktionen aufzurufen. Streikbeteiligte und Mitglieder von Nachbarschaftsversammlungen wurden dazu aufgerufen, an einer »Blockade des Parlaments« teilzunehmen (Mute 2011; s.a. Mason 2011). Darüber hinaus plante die Vollversammlung, die GSEE-Zentrale sowie sämtliche Rathäuser in Athen ebenso zu besetzen wie mehrere Betriebe. Auch in

15 Eine Videoaufnahme der Proteste findet sich unter Umikah (2011).

anderen Städten riefen die Vollversammlungen der besetzten Plätze zu Besetzungskaktionen auf (Mute 2011). Die Debatte um eine neue Gesellschaft und die Frage, wie diese nach einem möglichen Umsturz des politischen Systems gestaltet sein könnte, nahm kurz vor dem Generalstreik am 15. Juni 2011 eine konkretere Form an. Bereits bei den Diskussionstagen zum Thema Ökonomie hatten einige Mitglieder der Vollversammlung am Syntagma-Platz gefordert, durch »Selbstorganisation und direkte Demokratie« eine andere Wirtschaftsform zu kreieren (Mute 2011). Eine Woche vor dem Generalstreik am 15. Juni 2011 wurde diese Forderung von der Platzbewegung 2011 in ihre Resolution integriert. So riefen die Platzbesetzer*innen in ihrer erweiterten Resolution vom 8. Juni 2011 alle Arbeiter*innen zur Selbstorganisierung in den Nachbarschaften und an den Arbeitsplätzen auf:

»Von jetzt an und indem wir die Streikdaten am 9. und 15. Juni als Richtwerte festlegen, wollen wir einen großen Schritt nach vorne machen, um einen Gegenangriff auf diejenigen zu unternehmen, die Krieg gegen uns geführt haben, Solidaritätsnetzwerke und Zentren für den Kampf von Arbeitenden und Arbeitslosen zu schaffen in allen Stadtteilen und Arbeitsplätzen. Wir wollen aufhören, für die Bosse zu arbeiten. Wir wollen für die Gesellschaft arbeiten, für die Erfüllung unserer Bedürfnisse, unsere Leben in die Hände nehmen [...] Wir treffen uns am Syntagma und auf Plätzen in allen Stadtteilen. * Wir werden auf jede erdenkliche Weise für Arbeit in Würde, soziale Sicherheit, weniger Arbeitsstunden, Arbeit für alle kämpfen. Wir rufen alle Arbeiter*innen auf, die Gewerkschaften zu einem langanhaltenden Generalstreik zu drängen [...] sich darauf vorzubereiten, geschlossene Betriebe zu besetzen; sich die Produktionsmittel wieder anzueignen. Wir weisen darauf hin, dass diese Perspektive nicht länger utopisch und unmöglich ist, sondern notwendig und grundlegend für unsere Würde, Gleichheit und Freiheit. * Wir werden Aktionen organisieren und kämpfen für: – Arbeitszeitverkürzung – Arbeit für alle – Kostenloser Transport für alle – Die Befreiung von Arbeitslosen von Schuldenrückzahlungen und von Zahlungen für öffentliche Dienstleistungen – Vollständige Krankenversicherung für alle – soziale Sicherheit für alle – Arbeitslosengeld in Höhe des letzten Gehalts« (Mute 2011).

Kurz vor dem Generalstreik am 15. Juni planten die Platzbesetzer*innen nicht nur verschiedene Protestaktionen, sondern berieten auch darüber, wie sie beim Generalstreik gegen Polizeigewalt vorgehen könnten und wie sie, falls der Syntagma-Platz am 15. Juni 2011 polizeilich geräumt werden sollte, sich den Platz wiederaneignen könnten. Gewalt als Protestform kam für die Platzbesetzer*innen zu diesem Zeitpunkt nicht in Frage.

Einen Tag vor dem Generalstreik einigte sich die Syntagma-Vollversammlung mehrheitlich darauf, friedvoll zu protestieren (Mute 2011). Zum Generalstreik am 15. Juni 2011 versammelte sich in Athen und in Thessaloniki bereits am Morgen eine große Anzahl von Menschen.

Abbildung 3: Platzbesetzer*innen auf dem Syntagma-Platz in Athen, 15. Juni 2011



Foto: linntheu/Public Intelligence.

Neben den Gewerkschaftsdachverbänden nahm auch die KKE am Generalstreik teil. Zahlreiche neu gegründete Nachbarschaftsversammlungen waren ebenfalls anwesend (Mute 2011). In Athen fluteten Demonstrant*innen alle zum Parlament führenden Straßen. An Polizeiabsperrungen hingen Banner von Athener Nachbarschaftsversammlungen mit Slogans wie »Direkte Demokratie. Sturz des Memorandums« und »Gleichheit. Gerechtigkeit. Würde« (Sxoliastes Xoris Sinora 2011). Angestellte der Athener Metro beteiligten sich bewusst nicht an dem Streik, um den Betrieb der Metro in Gang zu halten und Transportmittel für Protestteilnehmende bereitzustellen. Bereits am Mittag setzte die Polizei Unmengen von Tränengas gegen die Protestierenden ein. Es gab mehrere Verletzte. Einige Demonstrant*innen wurden durch das Tränengas bewusstlos. Den Mediziner*innen im Erste-Hilfe-Zelt am Syntagma-Platz fiel es schwer, die Menschen zu versorgen, weil die Polizei das Tränengas auch gezielt in das Erste-Hilfe-Zelt abgefeuert hatte. Mehrere Demonstrant*innen mussten verletzt ins Krankenhaus abtransportiert werden (Mute 2011; Sxoliastes Xoris Sinora 2011). Während Protestierende in Thessaloniki und auf Kreta versuchten Ministerien zu blockieren (Mute 2011), kam es in Athen vor allem zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Protestierenden. Zudem mischten sich einige rechtsextreme Provokateur*innen unter die Demonstrierenden und griffen die Protestteilnehmenden physisch an. An diesem Tag sahen sich die Platzbesetzer*innen erstmals gezwungen die Plätze zu verlassen, die sie am Abend allerdings wieder zurückeroberten konnten. Gegen 20:30 Uhr bereitete die Vollversammlung ihre tägliche Sitzung vor, während am Syntagma-Platz gleichzeitig Solidaritätskonzerte

te stattfanden (Sxoliastes Xoris Sinora 2011). Bei der Versammlung am Abend bedankten sich einige Redner*innen bei den Metro-Angestellten, die die Eingänge zur Metro offengehalten hatten, sodass die Protestierenden vor den Angriffen der Polizei fliehen konnten. Andere verurteilten die Polizeigewalt. Darüber hinaus zeigten sich die Platzbesetzer*innen vor allem entschlossen, ihren Protest fortzuführen (Mute 2011).

Unterdessen sah sich Ministerpräsident Giorgos Papandreou durch die massiven Proteste am 15. Juni 2011 sowie durch zunehmende politische Unzufriedenheiten innerhalb der eigenen Partei¹⁶ dazu veranlasst, in einem abendlichen Fernsehauftritt eine Kabinettsumbildung anzukündigen. Papandreou kündigte zudem an, die Vertrauensfrage zu stellen. Die neu zusammengesetzte Regierung sollte die Bedingungen des Rettungspakets neu verhandeln und den Bedürfnissen der griechischen Bevölkerung anpassen (VaportalGr 2011). Angesichts der politischen Entwicklungen rückte das Thema der gesellschaftlichen Transformation für die Vollversammlung am besetzten Syntagma-Platz immer weiter in den Mittelpunkt.

Viele Mitglieder der Vollversammlung deuteten die Allianz von streikenden Arbeiter*innen und Platzbesetzer*innen am 15. Juni 2011 als den Beginn einer »Massenbewegung«, die fähig sei, die bestehende Ordnung zu stürzen (Mute 2011). Bei einer Sitzung der Vollversammlung am Syntagma-Platz am 20. Juni 2011, einen Tag vor der Kabinettsumbildung im Parlament, fragten einige Platzbesetzer*innen, was das »Endziel« der Platzbewegung sei und wie es nach einem Systemsturz weitergehen solle (Mute 2011). Einige Redner*innen betonten, dass »direkte Demokratie auch einen Bruch mit Kapitalismus« bedeute (Mute 2011). Andere plädierten für ein »Mixsystem« mit kapitalistischen Elementen (Mute 2011). Einig war sich die Mehrheit der Mitglieder darüber, dass die Praxis der Selbstorganisation sich gesellschaftlich ausbreiten müsse. Der Vorschlag der Versammelten war, »Vollversammlungen als neue Form der Politik in jedem Stadtteil und an jedem Arbeitsplatz« zu gründen (Mute 2011). So hätten die Teilnehmenden immer die Möglichkeit, »an direktdemokratischen Verfahren« sowie an der »kollektiven Entscheidungsfindung« zu partizipieren (Mute 2011). Ein*e Redner*in schlug als Gegenmodell zum parlamentarischen Demokratiesystem sogar die Gründung einer »konstituierenden Vollversammlung« vor (Mute 2011). Einige andere

16 Der infolge der Krisenpolitik zunehmende Souveränitätsverlust Griechenlands sorgte im Juni 2011 auch innerhalb des Parlaments für großes Unbehagen (Wehr 2011: 186). So stellte Finanzminister Venizelos mit Blick auf die Rolle des Parlaments fest: »Wir machen, was uns angeordnet wird und was man uns erlaubt« (Martens 2011). Ein anderer PASOK-Abgeordneter fragte vor der Abstimmung über die neuen Maßnahmen, »was er im Parlament eigentlich noch zu tun habe, wenn ohnehin alles von IWF, EU und EZB entschieden werde« (Martens 2011). Parallel verlor Papandreou ab Sommer 2011 zunehmend an Rückhalt innerhalb der eigenen Partei – insbesondere aus dem linken Parteiflügel (Wehr 2016: 51). Mehrere PASOK-Abgeordnete, die die Krisenpolitik nicht unterstützen wollten, gaben ihr Mandat zurück und verließen die Partei (Wehr 2016: 51–52). Papandreou versuchte »mit Blick auf die schwindende eigene Mehrheit« die ND zu einer Regierungskoalition zu bewegen (Wehr 2016: 52). Zu den Bedingungen eines Regierungseintritts zählten für den ND-Vorsitzenden Antonis Samaras allerdings der Rücktritt Papandreous als Ministerpräsident und die Neuverhandlung des Memorandums. Unter anderem forderte Samaras eine Mehrwertsteuer-senkung sowie eine Einkommenssteuerflattrate von 15 Prozent womit er sowohl bei der Troika als auch innerhalb der PASOK auf Ablehnung stieß (Volkery 2011; Wehr 2016: 53). Im Sommer 2011 blieb es daher bei der Alleinregierung der PASOK unter Papandreou (Wehr 2016: 53).

Redner*innen forderten die »Selbstverwaltung der Produktionsmittel und die Übernahme von Fabriken« (Mute 2011). Letztendlich einigte sich die Vollversammlung darauf, zwei konkrete Aktionen durchzuführen: Erstens eine Gruppe aus Platzbesetzer*innen und Arbeiter*innen zu gründen, die gemeinsam Arbeitsplätze besetzt, um sie »selbst zu verwalten« und zweitens Student*innen dazu zu animieren, »Universitäten zu besetzen und selbst zu verwalten« (Mute 2011).

Unterdessen bereiteten auch die Vollversammlungen der besetzten Plätze in anderen Teilen des Landes Protestaktionen für den 21. Juni 2011, den Termin des Vertrauensvotums, vor. Auf Kreta beschloss Platzbesetzer*innen die Besetzung von Banken, Finanzämtern und Zahlstellen für Dienstleistungen wie Strom und Telefon. Nachbarschaftsversammlungen in Thessaloniki planten, am 21. Juni 2011 an einer Demonstration in Athen teilzunehmen (Mute 2011). Entgegen den Erwartungen der Platzbesetzer*innen fielen die Teilnehmendenzahlen bei den landesweiten Protesten am 21. Juni 2011 gering aus. In Athen erschienen nur 10.000 Menschen zu einer Demonstration vor dem Parlament, in Thessaloniki waren es lediglich 4.000 Menschen (Mute 2011). Beim Vertrauensvotum stimmte das griechische Parlament mit einer knappen Mehrheit von 155 gegen 143 Stimmen für die neue Regierung, was die Umsetzung der neuen Krisenmaßnahmen sehr wahrscheinlich werden ließ (Wehr 2011: 186).

6.6 »Die Schlacht um Syntagma« – Demobilisierung der Platzproteste

Die parlamentarische Abstimmung über die neuen Krisenmaßnahmen und das mittelfristige Memorandum wurde schließlich für den 29. Juni 2011 angesetzt. Entsprechend war für den 28. und 29. Juni 2011 ein 48-stündiger Gewerkschaftsstreik geplant. Gemeinsam mit den Gewerkschaften bereiteten die Platzbesetzer*innen im Vorfeld des Generalstreiks Protestaktionen vor. Geplant wurde u.a. eine erneute Blockade des Parlaments. Einige Aktionen fanden bereits im Vorfeld des Generalstreiks statt. So besetzten Mitglieder der Gewerkschaft der Angestellten der staatlichen Stromgesellschaft (*Geniki Omospondia Prosopikou*, kurz: GENOP) am 22. Juni 2011 das Ministerium für Infrastruktur und Netze in Athen und stellten dem Ministerium für einen Tag die Stromversorgung ab (Mute 2011). Auch wenn die Platzbesetzer*innen entschlossen waren, sich der Ratifizierung der neuen Krisenmaßnahmen entgegenzustellen, zeigten einige von ihnen zu diesem Zeitpunkt auch erste Anzeichen von Erschöpfung und Angst. Viele befürchteten, dass sie gegen die Ratifizierung der Krisenmaßnahmen nichts ausrichten konnten und ihr Leben umsonst in Gefahr bringen würden. Die Angst vor massiver Polizeigewalt war nicht unbegründet. Einige Regierungsmitglieder hatten wenige Tage vorher mit dem Einsatz des Militärs gedroht, sollte das Parlament nicht mehrheitlich für die Maßnahmen abstimmen (Bruinsma 2011).

Bei der Vollversammlung am 27. Juni 2011 schlugen einige Redner*innen daher vor, die Vollversammlung am Syntagma-Platz aufzulösen und stattdessen Versammlungen in den Nachbarschaften abzuhalten. Ein weiterer Vorschlag war, sich nicht mehr täglich, sondern nur noch sonntags zu versammeln. Eine andere Idee war, Repräsentant*innen zu wählen und eine Partei zu gründen. Alle Vorschläge wurden mehrheitlich von der Vollversammlung abgelehnt (Mute 2011). Am 28. Juni 2011 begann der Generalstreik. An

diesem Tag versammelte sich eine eher geringe Anzahl von etwa circa 20.000 Protestierenden vor dem griechischen Parlament. Unter ihnen befanden sich Gewerkschaftsmitglieder, Mitglieder von Nachbarschaftsversammlungen und Platzbesetzer*innen (TPTG 2011; Mute 2011). Einige von ihnen versuchten das von der Polizei abgeriegelte Parlament zu umzingeln (Bruinsma 2011; Simiti 2014: 12). Wie aus dem Bericht des Protestteilnehmenden Mute (2011) hervorgeht, versuchten die um das Parlament aufgebauten Sicherheitszäune zu durchbrechen und riefen die Protestteilnehmenden durch Mikrofone dazu auf, den Platz nicht zu verlassen.

Eine größere Gruppe von Protestierenden versammelte sich laut Protestteilnehmer Jelle Bruinsma (2011) unterdessen am unteren Syntagma-Platz, um die Besetzung zu schützen. Gegen Mittag stationierte sich die MAT an den Rändern des Syntagma-Platzes. Wenig später kam es zu ersten Zusammenstößen zwischen der MAT und einigen Protestteilnehmenden. Die Polizei feuerte Tränengas ab, warf Blendgranaten und prügelte auf die Protestteilnehmenden ein, bis einige von ihnen bewusstlos liegenblieben (Bruinsma 2011; TPTG 2011). Bis zu diesem Zeitpunkt waren sich die Platzbesetzer*innen einig darüber gewesen, direkte Konfrontationen mit der Polizei zu vermeiden. Diese Haltung wurde nun durch die massive Polizeibrutalität herausgefordert, auch wenn Gewalt für die Platzbesetzer*innen noch immer keine bevorzugte Protestform darstellte (Bruinsma 2011). Wie mehrere Videoaufnahmen der Proteste zeigen¹⁷, ging die Gewalt bei den Protesten am 28. und 29. Juni 2011 vor allem von der Polizei sowie von einigen vermummten Personen aus, die sich nicht nur Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert, sondern teilweise auch nichtgewaltbereite Protestteilnehmende angegriffen haben (Bruinsma 2011). Unklar war dabei, wer sich hinter den Vermummungen verbarg. In mehreren Fällen deckten Protestteilnehmende auf, dass es sich bei den Vermummten um polizeiliche Agents Provocateurs handelte (Bruinsma 2011; Mute 2011; TPTG 2011).

Nachdem sich am Nachmittag mehrere Protestteilnehmende aufgrund der polizeilichen Angriffe von den Protesten zurückzogen, nahm die Zahl der Protestierenden am Abend wieder zu (Bruinsma 2011). Im Tränengasrauch tanzten einige von ihnen auf dem Syntagma-Platz und bildeten Menschenketten gegen die Polizei. Am Abend fanden Solidaritätskonzerte auf dem Syntagma-Platz statt, während die gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrant*innen und der MAT weitergingen. Erst gegen ein Uhr nachts beruhigte sich die Lage. Einige Platzbesetzer*innen kehrten in ihre Zelte zurück, andere übernachteten in ihren Wohnungen, um am Morgen wieder an den Protesten teilzunehmen (Mute 2011; Bruinsma 2011).

Am zweiten Tag des Generalstreiks stand die parlamentarische Abstimmung über das neue Memorandum und die neuen Krisenmaßnahmen bevor. Bereits Stunden zuvor versammelten sich Menschen am oberen Syntagma-Platz und versuchten, das Parlament zu umzingeln. Allerdings gelang es der MAT, die um das Parlament aufgebauten Protestblöcke aufzulösen (Bruinsma 2011). Viele Protestierende waren aufgrund der Polizeiangriffe am Vortag mit Gasmasken ausgestattet (Bruinsma 2011). Die Partizipation fiel mit circa 100.000 Protestteilnehmenden größer aus als am Tag zuvor (Bruinsma 2011; TPTG 2011).

17 Videoaufnahmen von den Protesten am 28. und 29. Juni 2011 finden sich unter anderem unter: Haitidis (2011), AboutMyLamia (2011).

Abbildung 4: Protestteilnehmende auf dem Syntagma-Platz, 29. Juni 2011. Auf den Plakaten steht »Wir werden siegen« und »Wir sind nicht empört, wir sind entschlossen«



Foto: linntheu/Public Intelligence

Gegen Mittag wurden im Parlament die neuen Krisenmaßnahmen und das mittelfristige Memorandum mit 155 zu 138 Stimmen verabschiedet, woraufhin sich die Proteste intensivierten. Banken, Hotels, Restaurants und eine Postfiliale, die sich am Syntagma-Platz befanden, wurden von Protestteilnehmenden zerstört und teilweise als Zufluchtsort genutzt (Bruinsma 2011; TPTG 2011). Die MAT versuchte erfolglos, die Syntagma-Besetzung aufzulösen. An allen Seiten des Syntagma-Platzes befanden sich Protestierende, die sich mit Barrikaden, Sitzprotesten und Steinwürfen gegen die Polizeiangriffe zur Wehr setzten. Diesmal gab es nicht genügend Zeit, um Menschenketten zu bilden. Es ging nur noch um »das Überleben« der Platzbesetzung (Bruinsma 2011). Die »Schlacht um Syntagma« (Bruinsma 2011) dauerte mehrere Stunden, in der die MAT äußerst gewalttätig gegen die Platzbesetzer*innen vorging (Kallianos, 2012: 32; Dalakoglou 2013: 284; Douzinas 2013: 149; Kritidis 2014: 91–92). Sie attackierte die Protestierenden mit Schlagstöcken, Steinen und kilowise Tränengas¹⁸ und versuchte die Platzbesetzer*innen vom Platz zu vertreiben. Einige Protestteilnehmende wurden von dem Tränengas ohnmächtig, andere versuchten durch die Eingänge der Metrostationen zu fliehen (Mute 2011). Selbst Rettungskräften, die zu Verletzten wollten, versperrte die Polizei den Weg. Stattdessen feuerte sie Tränengas in das Erste-Hilfe-Zelt ab, in dem Ärzt*innen gerade Verletzte versorgten (Mute 2011). Bis zum Abend wurden 75 Menschen festgenommen sowie über 130 Polizist*innen und über 700 Protestteilnehmende, von denen etwa 100 in Krankenhäuser abtransportiert werden mussten, verletzt (TPTG 2011; Mute

18 Schätzungen zufolge setzte die MAT am Generalstreik am 28./29. Juni 2011 über 2.000 Kanister Tränengas gegen Protestteilnehmende ein (Dalakoglou 2013: 284).

2011). Die massive Polizeigewalt schien dabei der letzte verzweifelte Versuch der griechischen Regierung zu sein, den Widerstand gegen die von ihr jüngst ratifizierten Krisenmaßnahmen zum Verstummen zu bringen (Gourgouris 2011). Dieser Versuch scheiterte allerdings. Angesichts der Polizeigewalt sank die Legitimität des griechischen Staates an diesem Abend auf ein Mindestmaß (Gourgouris 2011; Kritidis 2014: 93; Bruinsma 2011). Platzbesetzer*Chr zufolge verloren viele Protestteilnehmende infolge der massiven Polizeigewalt beim Generalstreik endgültig ihr Vertrauen in die politischen Institutionen:

»Am 28./29. Juni erreichte die Eskalation von Gewalt ihren Höhepunkt. Dies waren die massivsten Tage, nicht bezüglich der Partizipation am Syntagma-Platz, aber da waren 30.000 Menschen, die nie das Zentrum von Athen verließen. Sie kämpften für zwei Tage mit der Polizei. In dem Moment fühlte ich, dass das [politische] System 30.000 Menschen verloren hatte, bzw. 30.000 determinierte Aktivist*innen hervorgebracht hatte« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Am Abend stürmte die MAT den besetzten Syntagma-Platz und zerstörte die sich dort befindende Protestinfrastruktur.¹⁹ Trotzdem gaben die Platzbesetzer*innen nicht auf und lieferten sich bis in die Nacht Straßenschlachten mit der Polizei. Am Morgen des 30. Juni kehrten hunderte Demonstrant*innen zum Syntagma-Platz zurück, um die Zelte wieder aufzubauen und den Platz zu reinigen. Eine Atmosphäre der Wut, aber auch des Mutes, füllte den Platz (Mute 2011).²⁰ Wie gewohnt tagte am Abend die Vollversammlung am Syntagma-Platz. Mehrere tausend Menschen nahmen an der Sitzung teil (Bruinsma 2011).

Nach den anstrengenden Protesttagen waren viele Platzbesetzer*innen erschöpft. Die neuen Krisenmaßnahmen waren verabschiedet worden. Enttäuschend mussten die Platzbesetzer*innen feststellen, dass die Mobilisierungen am 28. und 29. Juni nicht so massiv ausgefallen waren, wie sie es sich gewünscht hatten (Mute 2011). In den folgenden Tagen diskutierte die Vollversammlung darüber, wie sie programmatisch und strategisch weiter verfahren sollte. Die Platzbesetzer*innen waren gewillt weiterzumachen, wussten aber nicht genau, wie sie den Protest über den Sommer aufrechterhalten konnten (Simiti 2014: 14; Mute 2011). In der letzten Juliwoche fand sich nur noch eine kleine Gruppe von Menschen am Syntagma-Platz zusammen. Einige von ihnen sprachen sich dafür aus, den Platz weiterhin besetzt zu halten und daraufhinzuwirken, dauerhaft ein direktdemokratisches Gegenmodell zur bestehenden Ordnung zu etablieren. Ein Vorschlag war, einen »Tag der direkten Demokratie« zu organisieren und am 3. September, dem Tag, an dem 1843 die griechische Verfassung ratifiziert worden war, eine »eigene Verfassung« zu entwerfen (Mute 2011). Ein anderer Vorschlag war, Protestaktionen gegen die neuen Krisenmaßnahmen zu organisieren und etwas gegen die sich gesellschaftlich ausbreitende soziale Not zu unternehmen. Formuliert wurde in diesem Zusammenhang

19 Eine Videoaufnahme von der Polizeigewalt am 29. Juni 2011 findet sich unter RealDemocracyGr (2011b).

20 Eine Videoaufnahme von der Wiederaneignung des Syntagma-Platzes findet sich unter RealDemocracyGr (2011c).

die Idee, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die Boykottaktionen gegen die geplante Einführung einer neuen Immobiliensteuer²¹ durchführen sowie Informationskampagnen über politische Alternativen zur Krisenpolitik organisieren sollte. Einige Redner*innen schlugen zudem die Gründung von »Solidaritätsinitiativen« vor (Mute 2011). Auch die Idee eines unbefristeten Generalstreiks stand immer noch im Raum.

Schließlich geschah am 30. Juli 2011, womit die wenig verbliebenen Platzbesetzer*innen bereits gerechnet hatten. Nachdem der Athener Bürgermeister Giorgos Kaminis bereits mehrmals die Räumung des Syntagma-Platzes angedroht hatte, wurde der Platz am 30. Juli von der MAT geräumt. Die Besetzer*innen wurden aufgefordert, den Platz friedlich zu verlassen. Alles, was nicht freiwillig beseitigt worden war, wurde von der Polizei beschlagnahmt oder zerstört, darunter Banner und Zelte. Acht Personen wurden bei der Räumungsaktion festgenommen (Mute 2011).

Knapp zwei Monate nach der Platzräumung versammelten sich einige Platzbesetzer*innen für mehrere Tage erneut auf dem Syntagma-Platz, um über weitere Protestaktionen zu diskutieren. Einige der Teilnehmenden plädierten dafür, den Syntagma-Platz erneut zu besetzen und direkte Demokratie zu fordern. Andere hielten es dagegen für notwendig, auf die unmittelbaren sozialen Folgen der Krisenmaßnahmen zu reagieren, wie Platzbesetzer *Chr erzählt:

»Das war der 30. Juli, 4 Uhr morgens. Sie [die Polizei] zerstörte die gesamte Infrastruktur [...] Dann gab es ein kleines Comeback der Menschen am Platz. Es waren die politisiertesten Menschen. Der letzte Moment war der 26. oder der 28. September 2011. Da organisierten wir die ›Ich zahle nicht‹-Tage gegen die Sondersteuer. Es gab zwei unterschiedliche Meinungen. Eine kam von der thematischen Gruppe ›direkte Demokratie‹, welche die Hauptrolle in den anderen Versammlungen spielen wollte, die überall in Athen im Kleinen noch stattfanden. Sie schlug vor, was wir diskutieren sollten, wie wir das organisieren sollten; die Leute dazu aufrufen, zu den Plätzen zurückzukehren. Irgendwie versuchten sie die avantgardistische Rolle zu spielen, die die Plätze abgelehnt hatten [...]. Sie sagten auch, dass wir die Kritik am politischen System in eine Forderung nach direkter Demokratie umformulieren müssen. Aber die Menschen forderten etwas ganz anderes. Sie forderten keine direkte Demokratie. Versteh mich nicht falsch. Das heißt nicht, dass ich der Forderung nach direkter Demokratie widerspreche. Aber es geht darum, die Bedürfnisse der Menschen zu verstehen. Also, ein Teil der Versammlung wollte diese Themen diskutieren und ein anderer Teil, welchen ich unterstützte, sagte, dass, jetzt die Austeritätsmaßnahmen implementiert würden und Menschen die *haratsi* [die neue Sondersteuer, *Anm. d. Verf.*] zahlen müssen und dass wir Wege finden müssen, damit umzugehen oder sie nicht zu zahlen. Und ich sagte, was auch immer es kostet, störend gegen den griechischen Staat zu sein und wenn wir es schaffen, die Mehrheit der Bevölkerung dazu zu bringen, nicht zu zahlen und die Regierung

21 Eingeführt wurden »eine Sondersteuer auf Wohn- und Grundstückimmobilien, eine Sonderabgabe der Freiberufler und ein sogenannter Solidaritätszuschlag« (Roth 2012: 23). Letzterer wurde umgangssprachlich auch als *haratsi* bezeichnet, in Anspielung auf die während der osmanischen Besatzungszeit in Griechenland eingeführte gleichnamige Kopfsteuer (Roth 2012: 23). Diese Sondersteuer wurde zusammen mit den Stromkosten erhoben und betraf mindestens 70 Prozent der Bevölkerung. So hoch war Schätzungen zufolge etwa der Anteil derjenigen in Griechenland, die bis zur Staatsschuldenkrise Wohneigentum besaßen.

in eine sehr schlechte Position bringen würden und ihr Plan kollabieren würde, das ist es, was wir tun sollten [...] Die letzte Vollversammlung mit 5.000 Menschen war keine richtige Vollversammlung mehr. Es war ein Debattentag. Da waren Gewerkschafter*innen von der staatlichen Stromgesellschaft, die uns sagten, was wir ablehnen sollten. Da war ein Anwalt, der uns sagte, warum sie [die Immobiliensteuer] verfassungswidrig ist und welche Gesetzeslücken es gibt, die wir nutzen können, um nicht zu zahlen [...] Wir hatten auch Flyer vorbereitet, wo draufstand, was zu tun ist, um die Steuer nicht zu zahlen. Die Idee war: Wir müssen nützlich sein für die Menschen. Wir müssen spezielle Formen [der Organisation, *Anm. d. Verf.*] produzieren, so dass alle teilnehmen können, jenseits politischer Grenzen« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Mit einem »großen Konzert am Syntagma-Platz« am »globalen Occupy-Tag« am 20. Oktober 2011, bei dem sich »ungefähr 15.000 Menschen versammelten«, endete die Besetzung des Syntagma-Platzes schließlich (Interview, *Chr, 06.03.2013).

6.7 »Wir sind die Plätze, wir sind überall« – das Nachleben der Platzbewegung

Im September 2011 endeten die landesweiten Platzbesetzungen in Griechenland. Für die orthodoxeren Akteur*innen der sozialen Bewegungen hatte die Platzbewegung keine sichtbaren Erfolge verbuchen können, weil sie die Implementierung der Krisenmaßnahmen nicht verhindert hatte (Varvarousis/Kallis 2017:141). Dieser Auffassung, die den Erfolg von sozialen Bewegungen an institutionellen Errungenschaften misst, lässt sich entgegenzusetzen, dass die Platzbewegung in Griechenland ein sehr umfangreiches Nachleben hatte. Ihre Debatten und Praktiken beeinflussten sämtliche Formen demokratischer Selbstorganisation ab Sommer 2011. Dazu gehören Nachbarschaftsversammlungen, Solidaritätsinitiativen und Sozialgenossenschaften (siehe Kapitel 8) sowie selbstverwaltete Betriebe (siehe Kapitel 10). Auf dem besetzten Syntagma-Platz, aber auch auf anderen besetzten Plätzen in Griechenland experimentierten im Sommer 2011 mehrere tausend Menschen mit selbstorganisierten Praktiken und versuchten, ein direktdemokratisches Gegenmodell im Kleinen zu entwickeln. Diese kollektive Erfahrung der Selbstorganisation weitete sich nach dem Ende der Platzbesetzungen gesellschaftlich weiter aus. Insbesondere die Organisationsform der Vollversammlung etablierte sich landesweit in zahlreichen Nachbarschaften und an Arbeitsplätzen (Giovannopoulos/Androulidakis 2012; Varvarousis/Kallis 2017: 136). Als die Zahl der Teilnehmenden in den Platzbesetzungen zu sinken begann, nahmen gleichzeitig tausende Menschen landesweit an Nachbarschaftsversammlungen teil, wie Platzbesetzer *Chr berichtet:

»Die Versammlungen auf den Plätzen hörten Ende September auf [...] und bereits zwischen dem 15. Juli und Anfang August, war die Zahl der Menschen in den Nachbarschaftsversammlungen in Athen größer als die Zahl der Menschen in der Vollversammlung am Syntagma-Platz [...] circa 3.500 Menschen nahmen an ihnen teil, während es am Syntagma-Platz nur noch 500–1.000 Menschen waren« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Getreu dem Motto der Platzbewegung 2011 – »Wir sind die Plätze, wir sind überall« (Giovannopoulos/Androulidakis 2012; Douzinas 2013: 150) – entstanden ab Herbst 2011 überall in Athen und in anderen griechischen Städten eine Vielzahl selbstorganisierter Nachbarschaftsversammlungen (Pantazidou 2012: 20; Petropoulou 2013: 75–76; Tsomou 2016: 328; Varvarousis/Kallis 2017). Die Zahl selbstorganisierter Solidaritätsinitiativen, deren Gründung einige Mitglieder der Vollversammlung am Syntagma-Platz vorge schlagen hatten, stieg ab Sommer 2012, als die soziale Not in Griechenland immer alltäglicher wurde. Wie in Kapitel 8 näher ausgeführt wird, entstanden mehrere dieser Initiativen, darunter Sozialkliniken, Tauschbörsen und Umsonstmärkte, unter dem Einfluss der Platzbewegung. Ebenso ging die Idee für einen Ausschuss zur Überprüfung und Abschreibung der Staatsschulden aus den Debatten der Platzbewegung hervor (Varvarousis/Kallis 2017: 137–138). Offensichtlich hatten die Platzproteste dazu beigetragen, dass viele Menschen die Verantwortung für die Schuldenkrise nicht bei sich, sondern bei der griechischen Regierung und den internationalen Gläubiger*innen suchten. Platzbesetzer *Chr zufolge führte die breite Beteiligung an den selbstorganisierten Protesten und Praktiken zudem dazu, dass mehr Menschen als zuvor nicht nur die politische Ordnung, sondern auch die institutionalisierten Protestakteur*innen stärker hinterfragten und sich selbstorganisierten Protestformen und Praktiken zuwendeten:

»Es gab bereits vor der Krise Kerne dieser Ideen, sich auf andere Weise zu organisieren. Das war die positive Rolle der ideologischen Projekte [der A/A-Bewegung und der außerparlamentarischen Linken, *Anm. d. Verf.*]. Sie versuchten Dinge zu kreieren, andere Beispiele, andere Wege finden, Dinge zu tun. Was bereits existierte, wurde für die Mehrheit der Menschen sichtbar durch die konkrete Praxis der Platzbewegung; weil dort diese Logik der horizontalen Partizipation in den Versammlungen bestand, die Selbstorganisation all dieser verschiedenen Arbeitsgruppen. Das Leben auf den Plätzen – so viele Menschen kamen mit diesen Ideen in Berührung, wie Dinge kreiert werden können. Natürlich bereitete dies den Grund für die politische Delegitimierung der alten bestehenden Strukturen – nicht nur des [politischen, *Anm. d. Verf.*] Systems, sondern auch des Widerstands: politische Parteien, Gewerkschaften, politische Organisationen« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Die Infragestellung von Parteien und Gewerkschaften führte *Chr zufolge dazu, dass die Menschen im Anschluss an die Platzproteste begannen, »nach anderen Wegen der Organisation« zu suchen (Interview, *Chr, 06.03.2013). Sie kehrten an ihre »Arbeitsplätze zurück, in die Schulen, Nachbarschaften und so weiter« und versuchten »die Dinge anders zu organisieren« (Interview, *Chr, 06.03.2013). Doch selbst wenn die Akteur*innen der Platzproteste die Gewerkschaften und die politischen Parteien kritisierten und deren Beteiligung an den Platzbesetzungen offiziell ablehnten, so waren sie Demonstrationen und Streiks gegenüber nicht grundsätzlich abgeneigt. Gemeinsam mit Gewerkschaften organisierten und koordinierten die Akteur*innen der Platzbewegung im Juni 2011 mehrere Generalstreiks in Athen. Die Idee eines unbefristeten Generalstreiks war zudem etwas, das die Platzbewegung von Anfang an gefordert hatte. Diese widerständische Kooperation von Platzbesetzer*innen, Arbeiter*innen und Gewerkschaften hatte einen großen Einfluss auf die im Herbst 2011 initiierten Arbeitsstreiks (siehe Kapitel 7).

Der Sozialwissenschaftler und Platzbesetzer Christos Giovanopoulos plädiert daher dafür, die traditionellen und selbstorganisierten Protestformen nicht als einander widersprechende, sondern als unterschiedliche, sich komplementierende Bestandteile eines gemeinsamen Protestzyklus zu betrachten:

»Ich glaube, dass die Diskussionen um Demokratie, die in den Vollversammlungen geführt wurden, auch die Strukturen der traditionellen Formen der Organisation und des Widerstands betreffen. Ich sehe die beiden – Plätze (Organisation der Massen) auf der einen Seite und die Gewerkschaftsbewegung und revolutionäre Organisationen (politische Organisation der Klassen) auf der anderen Seite – nicht im Gegensatz zueinander. Sie stellen unterschiedliche Ebenen eines gemeinsamen Kampfes dar. Üblicherweise ist der Fehler der passiert, der, dass jede*r den anderen nach seinen eigenen Kriterien und Bedingungen beurteilt. Besser ist es, dass wir von »Widerstandszyklen« innerhalb eines langanhaltenden Kampfes sprechen, in welchem die Momente des Massenaufstands (Dezember 2008, Mai 2010, Plätze 2011) sich gegenseitig folgen und ergänzen mit den Bewegungen der Arbeiter*innen, der Jugend, mit »Ich zahle nicht«, mit den Migrant*innen usw., um noch massiver, noch radikaler zurückzukehren. Innerhalb dieser Prozesse bestehen auch Konvergenzen und Unterschiede und innerhalb dieser konstituieren sich die neuen gesellschaftlichen Subjekte und ihre politischen Ausdrücke, der öffentliche Raum und die Demokratie des 21. Jahrhunderts« (Giovanopoulos/Andriloudakis 2012).

Neben der Entstehung von dauerhaften Formen demokratischer Selbstorganisation und einer Pluralisierung von Protestformen gegen die Krisenpolitik hatte die Platzbewegung auch Nachwirkungen auf der Ebene der institutionellen Politik. Es gelang der Platzbewegung zwar nicht, die Umsetzung neuer Krisenmaßnahmen zu verhindern. Dafür hatte sie allerdings einen großen Einfluss auf das griechische Parteiensystem und auf das Wahlverhalten (Aslanidis/Marantzidis 2016: 140). So beeinflusste sie die Gründung und den Aufstieg sogenannter »Bewegungsparteien« (Kitschelt 2006). SYRIZA und ANEL, deren Mitglieder sich in hohem Maße an den Platzbesetzungen beteiligt hatten, erlangten bei den Parlamentswahlen 2012 einen starken Zuwachs an Wähler*innenstimmen (Katsambekis 2015: 156–157; Aslanidis/Marantzidis 2016: 149–150; Markou 2017a: 149; Fielitz 2019). 2015 wurden SYRIZA und ANEL sogar in die Regierung gewählt. Rückblickend kann somit geschlossen werden, dass die Platzbewegung 2011 ein wesentlicher Faktor war, um »den Weg für die Links-Rechts-Regierung« zu ebnen (Fielitz 2019: 110). SYRIZA gelang es durch ihre Partizipation an den Platzbesetzungen, mit der Bewegung identifiziert zu werden. Insbesondere ihr Vorsitzender Alexis Tsipras nahm in Wahlkampfreden nach 2011 immer wieder Bezug zur Platzbewegung (Tsipras 2014a; Tsipras 2014b).

Bei den Parlamentswahlen 2012 erlebte SYRIZA auf diese Weise einen enormen Stimmengewinn (Interview, *Chr, 06.03.2013). Dabei war der Wahlerfolg von SYRIZA²²

22 Der Soziologe Paolo Gerbaudo (2017) führt die jüngeren Wahlsiege linkspopulistischer Parteien weltweit auf die Platzbesetzungen der 2010er Jahre zurück. Die Sozialwissenschaftler Paris Aslanidis und Cristobal Kaltwasser (2016) argumentieren, dass im Falle von Griechenland nicht nur ein Anstieg von linkspopulistischen, sondern auch von rechtspopulistischen Kräften zu verzeichnen war. Letztere These lässt sich aufgrund des parlamentarischen Aufstiegs von SYRIZA und ANEL bestätigen (siehe auch Kapitel 8).

nicht nur auf ihre Beteiligung an der Platzbewegung zurückzuführen, sondern auch darauf, dass SYRIZA die Debatten der Platzbewegung adaptierte und sie in ihre politische Agenda integrierte (Douzinas 2013: 180; Katsambekis 2015: 156; Aslanidis/Marantzidis 2016: 148–149). SYRIZA etablierte sich auf diese Weise als die wohl »tragfähigste Stimme der Anti-Memorandum-Kräfte innerhalb des Parteiensystems« in Griechenland (Katsambekis 2015: 156). Sie inkorporierte die zentralen Forderungen der Platzbewegung: die Forderung nach direkter Demokratie, nach einem Ende der Krisenpolitik, die Rückgewinnung der nationalen Souveränität sowie bessere Arbeitsbedingungen (CrimethInc 2015). Auf diese Weise gelang es dem Bündnis, viele aus der gesellschaftlichen Mitte abgestiegenen Wähler*innen jenseits des politisch linken Spektrums für sich zu gewinnen (Katsambekis 2015: 156; Aslanidis/Marantzidis 2016: 149).

Neben SYRIZA profitierte auch ANEL von ihrer programmatischen Nähe zur Platzbewegung 2011. Anders als SYRIZA wurde ANEL erst im Anschluss an die Platzbewegung gegründet. Ihr Gründer und Vorsitzender Panos Kammenos betonte dabei immer wieder, dass die Partei auf den besetzten Plätzen geboren sei (Aslanidis/Marantzidis 2016: 150). Die Anhänger*innen und Mitglieder der 2012 gegründeten Partei gehörten dem Konfliktforscher Maik Fielitz (2019:109) zufolge zum rechtskonservativen bzw. »nationalistischen Segment« der Platzbewegung. Nach dem Ende der Platzbewegung verlagerten viele von ihnen ihren Protest gegen die Krisenpolitik auf eine digitale Ebene. Dabei trugen ihre Aktivitäten in den sozialen Medien zur Herausbildung eines »heterogenen rechtsextremen Onlinenetzwerks« bei (Fielitz 2019: 103). ANEL schaffte es, die »reaktionäre Empörung« dieser ehemaligen Platzbesitzer*innen zu absorbieren und in eine »Partei-Plattform« zu kanalisieren (Fielitz 2019: 109). Dies gelang ANEL, indem sie sich »die Sprache und die Symbole« der ehemaligen Platzbesitzer*innen aneignete und einigen von ihnen anbot, für die Partei zu kandidieren (Fielitz 2019: 103–104). Ähnlich wie SYRIZA inkorporierte ANEL die Forderungen der Platzbewegung in ihr Wahlprogramm.²³

Ihr wohl wichtigstes Anliegen, mit dem ANEL viele Mitglieder und Wähler*innen stimmen für sich gewinnen konnte, war dabei die Forderung nach der Rückgewinnung der nationalen Souveränität (Fielitz 2019: 106). Entsprechend fand der Gründungskongress von ANEL im März 2012 in Distomo statt – einer Ortschaft, die vor allem für das 1944 von Nazi-Deutschland verübte sogenannte Distomo-Massaker bekannt ist. Kammenos, der in seinen Ansprachen Deutschlands Rolle in der Krisenpolitik mit der Politik des Dritten Reiches verglich, hatte Distomo bewusst als Veranstaltungsort für den Kongress ausgewählt (Fielitz 2019: 102). Darüber hinaus ist die breite gesellschaftliche Zustimmung, die ANEL zwischen 2012 und 2015 erhielt, auch damit zu begründen, dass sie ebenso wie SYRIZA eine Fortsetzung der Krisenpolitik vehement ablehnte. Der ehemalige ND-Abgeordnete Kammenos, der die Gründung von ANEL 2012 in einem Twit-

23 Dabei lauerte hinter ANELs »inklusive Rhetorik« allerdings eine »rechtsextreme Agenda« (Fielitz 2019: 105). Entgegen ihrer Selbstdarstellung als Basisbewegung für alle richtet sich ANELs Programm exklusiv an Griech*innen und schließt in Griechenland lebende Migrant*innen aus (Fielitz 2019: 104). Direktdemokratische Entscheidungsprozesse spielen bei ANEL ebenfalls keine Rolle. ANEL ist eine hierarchisch organisierte Partei mit einer »unbestreitbaren Führung an der Spitze« (Fielitz 2019: 104).

terpost verkündete,²⁴ war 2011 aus der ND ausgetreten, als diese sich dazu entschieden hatte, das Kabinett unter Lukas Papadimos und damit die Fortsetzung der Krisenpolitik zu unterstützen. Durch seinen Austritt aus der ND gelang es Kammenos »einen großen Anteil« von ehemaligen ND-Wähler*innen als neue Wähler*innen seiner Partei zu gewinnen (Aslanidis/Marantzidis 2016: 150).

6.8 Fazit

In diesem Kapitel wurde die Platzbewegung 2011 untersucht. Diese war von zeitgleich stattfindenden Platzbesetzungen in Spanien inspiriert. Die gesellschaftliche Beteiligung an den Platzprotesten in Griechenland war sehr zahlreich und vielfältig. Neben politischen Langzeitaktivist*innen nahmen Studierende, Schüler*innen, Erwerbslose und Erwerbstätige teil, darunter eine große Zahl von Menschen, die sonst nicht an Protesten teilnahmen. Die hohe Beteiligung an den Protesten ist insbesondere damit zu begründen, dass infolge der Krisenmaßnahmen inzwischen sehr viele Menschen in Griechenland von sozialer Not und prekären Lebensverhältnissen betroffen waren und eine Fortsetzung der Krisenpolitik somit ablehnten. Über gemeinsame Erfahrungen der sozialen Not bildete sich bei den Platzprotesten, trotz unterschiedlicher ideologischer Hintergründe der Teilnehmenden, eine kollektive Identität heraus. Die Protestteilnehmenden verliehen dieser Identität die Selbstbezeichnung Empörte.

Ein weiterer Grund, warum viele Menschen an den Protesten teilnahmen, war, dass die Proteste ohne die Beteiligung institutionalisierter Protestakteur*innen organisiert wurden. Infolge der Krisenpolitik hatten viele Menschen nämlich nicht nur das Vertrauen in die Regierung, sondern auch in Parteien und Gewerkschaften verloren. Entsprechend drückten die Protestteilnehmenden ihre Abneigung gegenüber der institutionellen Politik durch eine Kritik an der repräsentativen Demokratie aus sowie durch Versuche, direktdemokratische Gegenkonzepte zu kreieren und zu praktizieren. Auf dem unteren Teil des besetzten Syntagma-Platzes in Athen schafften die Protestteilnehmenden eine eigene selbstorganisierte Infrastruktur. Darüber hinaus gründeten sie Vollversammlungen und Arbeitsgruppen, in denen sie gemeinsam Protestaktionen planten und darüber diskutierten, wie sie die Gesellschaft grundlegend verändern können. Dabei entwickelten sie konkrete Vorschläge zur Gründung langfristiger Strukturen, wie Nachbarschaftsversammlungen, Solidaritätsinitiativen und Sozialgenossenschaften. Darüber hinaus unterstützten die Platzbesetzer*innen mehrere Arbeitsstreiks und riefen dabei zur Besetzung und Selbstverwaltung von Betrieben auf. Nachdem die landesweiten Platzbesetzungen beendet wurden, breiteten sich die praktischen Erfahrungen in der demokratischen Selbstorganisation auf die Nachbarschaften in Großstädten aus. Darüber hinaus hatte die Platzbewegung 2011 auch Auswirkungen auf die parlamentarische Politik. Welchen weitreichenderen Einfluss die Platzbewegung 2011 auf die Entstehung von langfristigen Strukturen hatte, wird in Kapitel 8 näher

24 Kammenos (2012) twitterte am 20. Februar 2012: »Guten Morgen. Unsere Bewegung ist geboren. Möge die Jungfrau Maria unsere Hilfe und unsere Beschützerin sein. WIR SIND VIELE, WIR SIND UNABHÄNGIG, WIR SIND GRIECHEN.«

ausgeführt, ebenso wie ihr Einfluss auf die inhaltliche Programmatik und den Aufstieg von SYRIZA.